

3/1 a

V 6458 E



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

24. Jahrgang · Heft 3

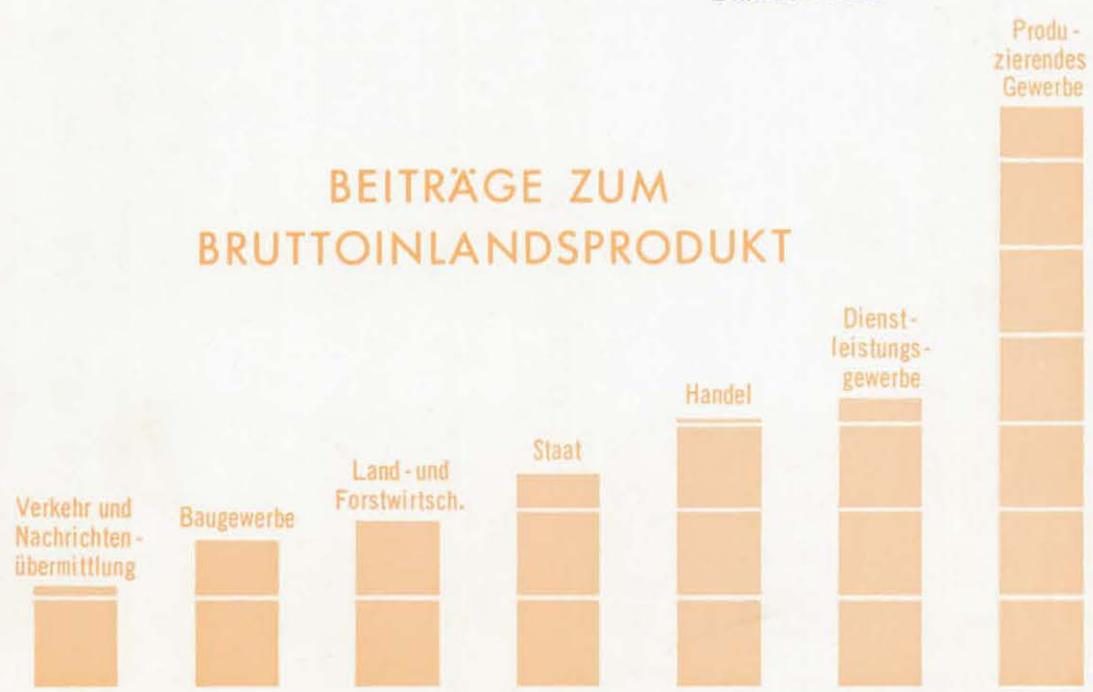
März 1972

Grafik des Monats: Altersstruktur im öffentlichen Dienst

Aufsätze: Umsätze 1970
Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 1)
Gemüseanbau

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

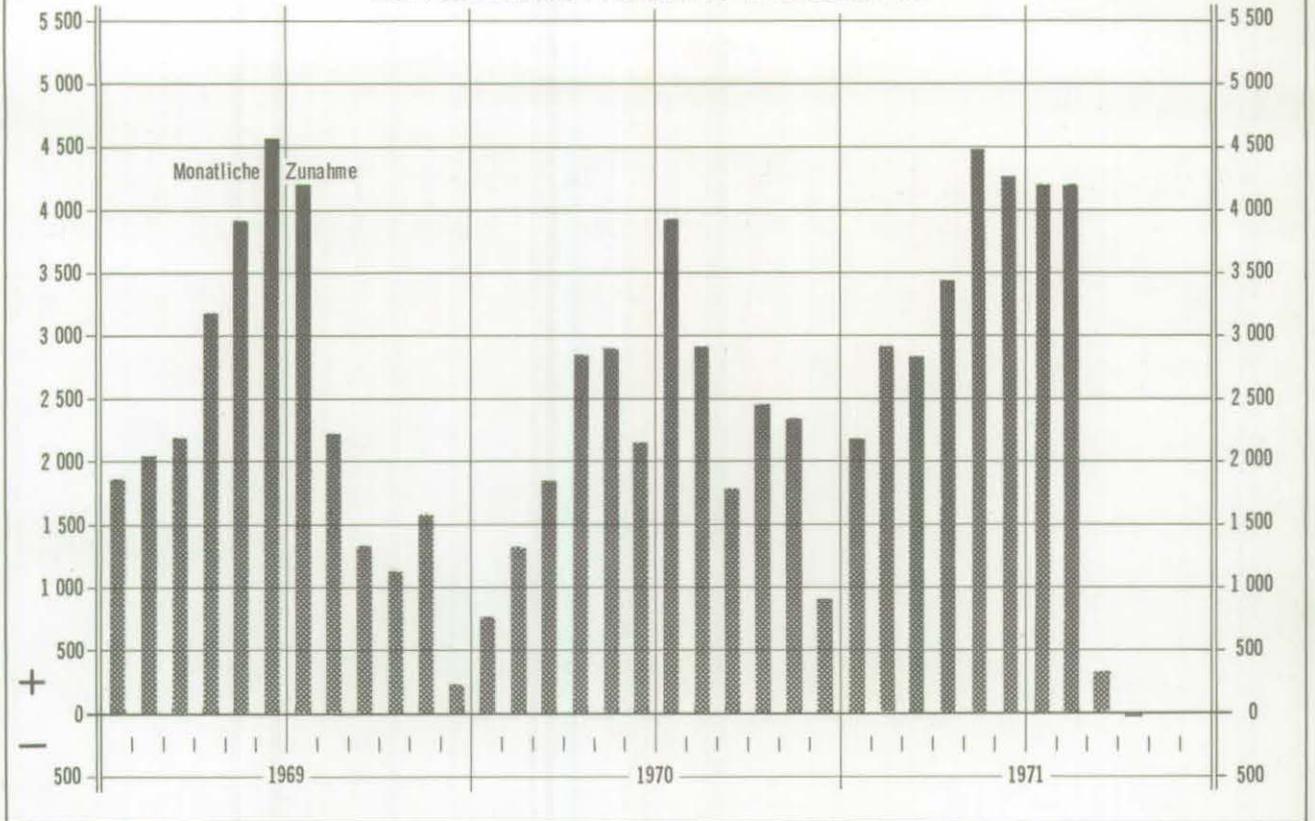
BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

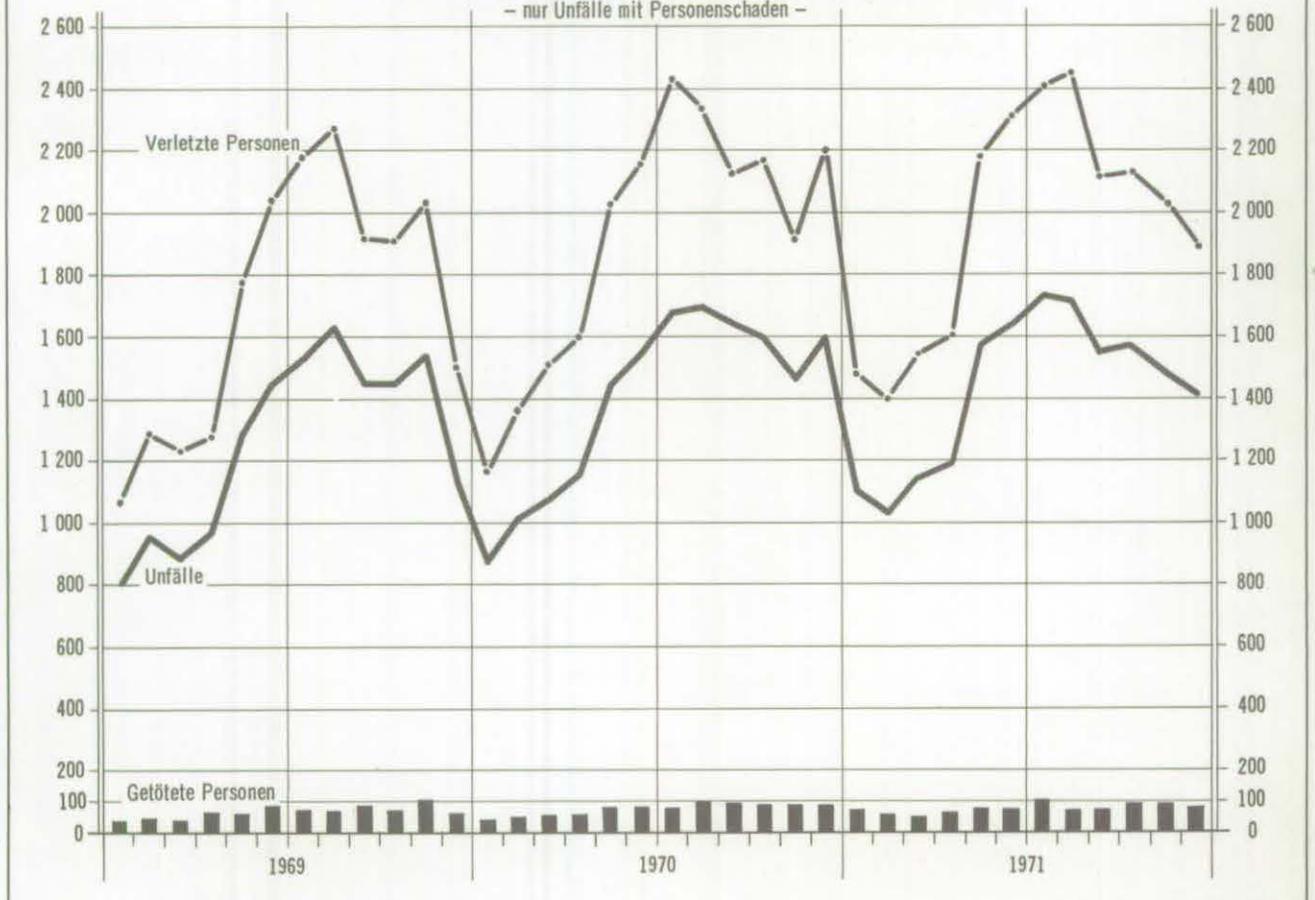
BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



D - 4231

STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE

- nur Unfälle mit Personenschaden -



INHALT 3/72

	Seite
Aktuelle Auslese	49
Aufsätze	
Die Umsätze und ihre Besteuerung im Jahre 1970	50—57
Personalstruktur im öffentlichen Dienst (Teil 1)	57—65
Der Anbau von Gemüse auf dem Freiland .	65—68
Grafik des Monats	58—59
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein) .	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 9/1971

Milchviehhaltung
Kommunale Haushaltsplanung
Fremdenverkehr (Teil 2)
Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Heft 10/1971

Bautätigkeit 1970
Haushaltsnettoeinkommen
Arbeitsstätten, kreisfreie Städte
Seeschifffahrt
Beschäftigte im Maschinenbau
Einkommensteuerpflichtige

Heft 11/12-1971

Entwicklung Schleswig-Holsteins 1965—1970

Heft 1/1972

Landwirtschaftliche Betriebe 1960 und 1971
Wohnungsmieten
Altersaufbau der Bevölkerung
Essen außer Haus
* Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 2)

Heft 2/1972

Bevölkerungsentwicklung (Volkszählungen)
Wohnungen in Land und Bund
Langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

24. Jahrgang · Heft 3

März 1972

Aktuelle Auslese



33 000 Gestorbene im Jahre 1970

Wie in den Vorjahren erlag fast die Hälfte aller Gestorbenen Krankheiten des Kreislaufsystems, ein Sechstel starb an Krebs. 2 408 Personen starben eines unnatürlichen Todes. 1 690mal war ein Unfall die Ursache, knapp zur Hälfte ein Kraftfahrzeugunfall. 631 begingen Selbstmord und 27 fielen fremder Gewalt zum Opfer.



Mehr Schlachtungen, weniger Milch

In den schleswig-holsteinischen Schlachtereien sind im Jahre 1971 unter anderem fast 2,4 Mill. Schweine und 420 000 Rinder geschlachtet worden. Die Zunahmen gegenüber dem Vorjahr betragen 4 % und 2 %. Aus allen gewerblichen Schlachtungen fielen über 300 000 t Fleisch an.

Die Milcherzeugung blieb infolge einer Einschränkung der Kuhbestände mit 2,085 Mill. t um 3 % hinter der Erzeugung im Vorjahr zurück. Die Durchschnittsleistung je Kuh stieg um 2 % auf fast 4 300 kg im Jahr an.



Wieder mehr Sozialwohnungen

Im Jahre 1971 wurden Bewilligungen für 6 587 Sozialwohnungen erteilt, von denen 77 % voll geförderte reine Wohnbauten betrafen. Damit wurde nach dem Rückgang im vorigen Jahr das Niveau der Jahre 1967 bis 1969 wieder erreicht. Die veranschlagten Kosten beliefen sich 1971 auf 419 Mill. DM oder 165 DM je Einwohner, das ist gut ein Viertel mehr als 1969, wo fast genau so viele Wohnungen bewilligt worden waren wie 1971.



Bemerkenswerte Entwicklung bei den Straßenverkehrsunfällen

1971 ereigneten sich 2,2 % mehr Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden als im Vorjahr, nämlich 17 216. Die Zahl der dabei Getöteten wuchs um 3,1 %, die der Verletzten um 2,0 %. Diese Jahresaussage verdeckt allerdings eine deutliche Divergenz der Entwicklung, die sich bei der Betrachtung der Halbjahresergebnisse zeigt. Die genannten Zuwachsraten hatten im 1. Halbjahr 1971 – gegenüber dem entsprechenden Vorjahres-Halbjahr – noch 8 %, 14 % und 7 % betragen, im 2. Halbjahr dagegen – 2 %, – 4 % und – 2 %. Dieser Umschwung ist auch für das ganze Bundesgebiet beobachtet worden, wo die Abnahme ab Juni 1971 sogar stark genug war, um die Jahressummen kleiner ausfallen zu lassen als 1970. Im Bundesgebiet hat 1971 die Zahl der Unfälle mit Personenschaden um 2,4 % abgenommen, die der Getöteten um 2,6 % und die der Verletzten um 2,7 %.



Erheblich mehr Kommunalbedienstete

Die schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbände wiesen am 2. Oktober 1971 34 773 vollbeschäftigte Bedienstete nach. Ihre Zahl hat sich gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres um 2 313 Personen oder 7,1 % erhöht. Die meisten Kommunalbediensteten, nämlich 15 452, stehen im Dienst der kreisfreien Städte. Im Vergleich zum Vorjahr sind es 1 233 oder 8,7 % mehr. Die Beschäftigtenzahl der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter blieb fast unverändert; sie stieg um 1,5 % auf 12 276. Die größte Zuwachsrate weisen die Kreisverwaltungen auf. Hier waren 7 045 Personen beschäftigt und damit 14,7 % mehr als ein Jahr zuvor.

Die Umsätze und ihre Besteuerung im Jahre 1970

Überblick

Mit den Ergebnissen für das Jahr 1970 legt das Statistische Landesamt zum zweiten Male nach dem Übergang zur Mehrwertsteuer eine umfassende Statistik über die Umsätze der schleswig-holsteinischen Unternehmen vor. Während die Aussagekraft der Ergebnisse von 1968 wegen der unmittelbar vorangegangenen Reform des Umsatzsteuerrechts zum Teil erheblich eingeschränkt war, erheben die Zahlen aus der Statistik von 1970 wieder größeren Anspruch auf Genauigkeit und Erkenntniswert.

Die 60 533 umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen erzielten nach den Meldungen der Finanzämter im Jahre 1970 steuerbare Umsätze in Höhe von 37,1 Milliarden DM (ohne Umsatzsteuer). Die Zahl der erfaßten Unternehmen war damit nur geringfügig höher als im Jahre 1968. Insgesamt betrug die Zunahme weniger als 1%, jedoch weicht die Veränderung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen zum Teil erheblich von diesem Mittelwert ab. Dies ist sowohl auf rein wirtschaftliche Vorgänge wie auch zum Teil auf Veränderungen in der Erhebungsmethode zurückzuführen.

Die Entwicklung des steuerbaren Umsatzes im Jahre 1970 stand in besonderem Maße unter dem Einfluß einer stark expandierenden Geschäftstätigkeit der Unternehmen in der Phase der Hochkonjunktur. Von der Statistik wurde eine Veränderung der Umsätze gegenüber 1969 um + 12,6% ermittelt. Eine derartig hohe Zunahme innerhalb eines Jahres ist von der Umsatzsteuerstatistik seit 1955 nicht festgestellt worden. Von den erfaßten steuerbaren Umsätzen waren 3,0 Milliarden DM steuerfrei (8%), 34,1 Milliarden DM unterlagen der Steuerpflicht, und zwar hiervon etwa zwei Drittel dem Steuersatz von 11% und knapp ein Drittel dem ermäßigten Steuersatz von 5,5%. Der mit 4% zu versteuernde Gesamtumsatz der Kleinunternehmer, die von der alten Bruttobesteuerung Gebrauch machten, war bedeutungslos: er betrug nach Abzug des Freibetrages gemäß § 19 (2) UStG nur 202,3 Mill. DM, das sind weniger als 0,6% des steuerpflichtigen Umsatzes. Die Umsatzsteuervorauszahlung (Zahllast) aller Unternehmen auf die im Jahre 1970 erzielten Umsätze und den Selbstverbrauch belief sich nach Abzug der geltend gemachten Vorsteuerabzüge und der Kürzungen nach dem Berlinhilfegesetz auf 618,6 Mill. DM.

Steuerpflichtige

Nach den Schlußmeldungen der Finanzämter in Schleswig-Holstein betrug im Jahre 1970 die

Zahl der zu veranlagenden Unternehmen rund 82 000. Davon sind 60 533 Steuerpflichtige auf Grund der Umsatzsteuervoranmeldungen in die Aufbereitung der Statistik einbezogen worden. Über 20 000 Steuerpflichtige wurden nicht erfaßt; bei ihnen handelt es sich größtenteils um die sogenannten Kleinbetragsfälle mit Jahresumsätzen unter 12 000 DM. Nicht enthalten sind außerdem im allgemeinen Steuerpflichtige, die von der Abgabe einer Voranmeldung und Entrichtung einer Vorauszahlung an das Finanzamt entbunden waren, weil die voraussichtliche Jahressteuerschuld 360 DM nicht übersteigt. So sind insbesondere die Umsätze der Ärzte, Zahnärzte und ähnlichen Heilberufe im Gegensatz zu früheren Erhebungen nicht mehr erfaßt, sofern diese Steuerpflichtigen ausschließlich Leistungen erbracht haben, deren Entgelte nach § 4 Nr. 14 UStG der Steuer nicht unterliegen¹. Ein Nachweis dieser Steuerpflichtigen ist nur noch möglich, sofern von ihnen auch steuerpflichtige Umsätze erzielt worden sind. Durch dieses methodische Vorgehen mußte auf die Erfassung der wirtschafts- und sozialpolitisch sehr interessanten Umsätze des größten Teiles der Heilberufe verzichtet werden.

Im Ergebnis bewirkt diese methodische Veränderung eine Abnahme der Zahl der erfaßten Steuerpflichtigen im freiberuflichen Gesundheitswesen von 3 073 im Jahre 1966 (also vor dem Übergang zur Mehrwertsteuer) auf 212 im Jahre 1970. Durch die erhebliche Zunahme der Unternehmen im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe und in anderen Dienstleistungsbereichen wird der erwähnte Rückgang zu einem erheblichen Teil kompensiert, so daß innerhalb der gesamten Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen (soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht) die Zahl der erfaßten Steuerpflichtigen im Jahre 1970 wieder auf 15 470 anstieg. Auf die Wirtschaftsbereiche Einzelhandel und Dienstleistungen zusammen entfielen 52% aller von der Statistik erfaßten Unternehmen.

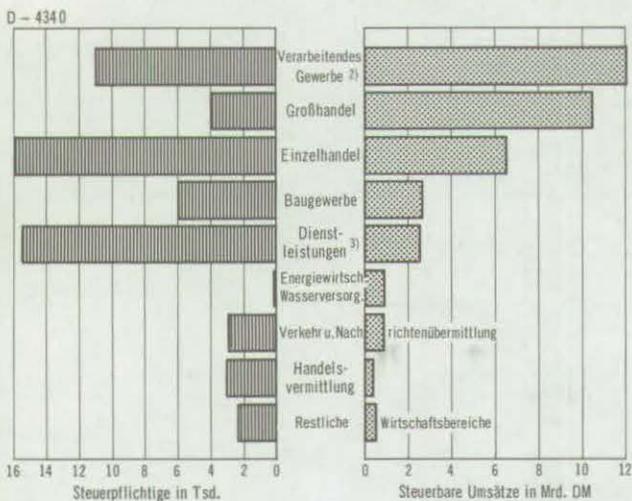
In der ständig fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung ist neben der zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungsbereichs nun schon seit vielen Jahren eine erhebliche Abnahme der Zahl der im Einzelhandel tätigen Unternehmen festzustellen. Die Zahl der Steuerpflichtigen wurde für das Jahr 1970 mit

¹) Umsatzsteuerfrei nach § 4 Nr. 14 UStG sind die Umsätze aus der freiberuflichen Tätigkeit als Arzt, Zahnarzt, Heilpraktiker, Dentist, Krankengymnast, Hebamme oder einer ähnlichen heilberuflichen Tätigkeit; nicht befreit sind die Umsätze aus der Tätigkeit als Tierarzt sowie die Umsätze für die Lieferung von Kronen, Brücken, herausnehmbarem Zahnersatz usw., soweit sie in praxiseigenen Laboratorien durch angestellte Zahntechniker hergestellt werden

Steuerpflichtige und steuerbare Umsätze¹⁾

1970

nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen



1) ohne Umsatzsteuer 2) ohne Baugewerbe 3) soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht

15 872 ermittelt, das sind über 850 weniger als 1968 (- 5,1%). Der Rückgang geht hauptsächlich zu Lasten der kleinen und kapital-schwachen Unternehmen, die unter den heutigen Marktverhältnissen sich gegenüber den mit modernen Verkaufsmethoden arbeitenden Groß-(Filial-)geschäften nicht mehr behaupten können. Trotzdem entfielen auf den Einzelhandel immer noch mehr Steuerpflichtige als auf jeden anderen in der folgenden Tabelle nachgewiesenen Wirtschaftsbereich. Auch im verarbeitenden Gewerbe verringerte sich die Zahl der Unternehmen, ausgenommen hiervon ist jedoch das Baugewerbe.

In den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Energiewirtschaft und Wasserversorgung sowie Großhandel hat sich seit 1968 die Zahl der Steuerpflichtigen nur unbedeutend geändert. Die erhebliche Zunahme der erfaßten Unternehmen in der Handelsvermittlung, im Verkehrsbereich und beim Kredit- und Versicherungsgewerbe geht dagegen hauptsächlich auf Unterschiede in der Erfassungsmethode zurück. Gerade in diesen drei Bereichen sind Vergleiche mit den Zahlen von 1968 nicht sehr sinnvoll, da damals wegen der unmittelbar vorangegangenen Umstellung auf die Mehrwertsteuer mit ihren gravierenden steuerrechtlichen Änderungen eine exakte Erfassung nicht möglich war.

Umsätze

Der gesamte steuerbare Umsatz (ohne Umsatzsteuer) belief sich im Jahre 1970 in Schleswig-Holstein auf 37,1 Milliarden DM. Seine Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche zeigt im wesentlichen das schon von früheren

Umsatzsteuerstatistiken bekannte Bild. Der Hauptanteil, nämlich 17,5 Milliarden DM oder 47,1%, entfällt auf die Wirtschaftsabteilung Handel, und zwar kommen 28% aller Umsätze auf den Großhandel und 18% auf den Einzelhandel. Die Handelsvermittler, die von den vermittelten Warenumsätzen nur ihre darauf entfallende Provision zu versteuern haben, sind mit gut 1% am gesamten steuerbaren Umsatz beteiligt. Dem Handelsumsatz kommt damit in Schleswig-Holstein vergleichsweise eine größere Bedeutung zu, als dies in anderen Ländern des Bundesgebietes der Fall ist. Dies ist einmal auf den recht geringen Industrialisierungsgrad im nördlichsten Bundesland zurückzuführen, zum anderen wirkt sich die von den Finanzämtern praktizierte Erfassungsmethode der Umsätze am Sitz des Unternehmens auf das Ergebnis ungünstig aus. In Schleswig-Holstein sind nämlich gerade die Umsätze von Industriebetrieben, die zu Unternehmen mit Sitz außerhalb des Landes gehören, relativ groß. Der Umsatzanteil der Industrie ist mit nur 27% aller Umsätze daher auch weitaus niedriger als in jedem anderen Bundesland. Auch wenn man dem Industrieumsatz die nicht unbedeutenden Umsätze der vorwiegend mittelständischen Unternehmen des produzierenden Handwerks und des sonstigen produzierenden Gewerbes hinzufügt, wird vom produzierenden Gewerbe insgesamt mit einem Umsatzanteil von 42% nicht das Volumen des Handelsumsatzes erreicht.

Die Anteile der übrigen Wirtschaftsbereiche am gesamten steuerbaren Umsatz (hauptsächlich Dienstleistungen und Verkehr) sind demgegenüber unbedeutend. Auf den Dienstleistungsbereich entfallen nach den Ergebnissen des Jahres 1970 in Schleswig-Holstein 6,9%, auf alle übrigen bisher nicht genannten Bereiche sogar nur 3,8% des gesamten steuerbaren Umsatzes. Hierbei ist noch zu erwähnen, daß die umsatzmäßig geringe Beteiligung des Bank- und Versicherungsgewerbes auf Ursachen in der besonderen Erfassungsmethode der Umsätze in diesem Bereich zurückzuführen ist. Die Bank- und Versicherungsumsätze sind nämlich, sofern sie nach § 4 Nr. 8 UStG steuerbefreit sind, statistisch gar nicht erfaßt worden.

Umsatzsteuer

Die Besteuerung der Entgelte für Lieferungen und sonstige Leistungen sowie des Eigenverbrauchs erbrachte für die im Jahre 1970 erfaßten Regelbesteuerten ein Umsatzsteuer-aufkommen vor Abzug der Vorsteuerbeträge in Höhe von fast 3,1 Milliarden DM. Weitere 54,6 Mill. DM wurden von den Finanzämtern durch die Besteuerung von körperlichen Wirtschaftsgütern vereinnahmt, die im

Steuerpflichtige, Umsatz und Umsatzsteuer 1970 in ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Steuerpflichtige		da- gegen 1968	Steuerbarer Umsatz ¹			Umsatz- steuer vor Abzug der Vor- steuer		Steuer für den Selbst- ver- brauch		Abziehbare Vorsteuer		Umsatzsteuer- vorauszahlung (Zahllast)		
	Anzahl	%		Anzahl	Mill. DM	%	1 000 DM	Mill. DM	Mill. DM	Mill. DM	% ²	Mill. DM	%	Mill. DM	% ³
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei ⁴	1 574	2,6	1 518	267,5	0,7	169,9	19,8	1,0	12,6	63	8,4	1,4	3,1		
Energiewirtschaft, Wasser- versorgung, Bergbau	138	0,2	129	894,9	2,4	6 485,0	90,8	7,4	72,3	80	25,5	4,1	2,9		
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	10 933	18,1	11 062	12 071,5	32,6	1 104,1	939,6	19,4	805,7	86	157,4	25,4	1,3		
darunter Industrie	1 594	2,6	1 743	8 658,0	23,4	5 431,6	651,9	14,8	589,7	90	79,8	12,9	0,9		
Handwerk	7 903	13,1	8 056	2 758,1	7,4	349,0	223,2	2,9	169,8	76	57,4	9,3	2,1		
Baugewerbe	5 980	9,9	5 844	2 654,6	7,2	443,9	285,6	6,7	175,1	61	118,2	19,1	4,5		
darunter Industrie	131	0,2	97	452,7	1,2	3 455,8	49,6	1,3	33,6	68	17,3	2,8	3,8		
Handwerk	5 379	8,9	5 364	1 982,8	5,3	368,6	212,4	4,5	127,3	60	90,5	14,6	4,6		
Großhandel	3 920	6,5	3 917	10 525,8	28,4	2 685,1	871,7	7,3	825,1	95	48,5	7,8	0,5		
Handelsvermittlung	3 018	5,0	2 735	426,6	1,2	141,3	39,5	0,5	28,7	73	11,5	1,9	2,7		
Einzelhandel	15 872	26,2	16 728	6 521,8	17,6	410,9	592,9	4,0	477,4	81	121,5	19,6	1,9		
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	2 907	4,8	2 597	848,7	2,3	291,9	65,5	3,5	41,0	63	28,7	4,6	3,4		
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	525	0,9	277	82,8	0,2	157,6	4,2	0,0	2,1	50	2,2	0,4	2,6		
Dienstleistungen ⁵	15 470	25,6	15 137	2 570,7	6,9	166,2	185,1	4,7	97,8	53	96,2	15,5	3,7		
darunter Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	6 987	11,5	6 591	933,3	2,5	133,6	88,3	1,5	49,4	56	41,7	6,7	4,5		
Organisationen ohne Erwerbs- charakter, Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	196	0,3	201	200,5	0,5	1 023,0	2,8	0,3	2,7	99	0,6	0,1	0,3		
Insgesamt	60 533	100	60 145	37 065,2	100	612,3	3 097,5	54,6	2 540,4	82	618,6	100	1,7		

1) bei Regelbesteuernten ohne Umsatzsteuer, bei nach § 19 UStG Besteuernten mit niedrigem Gesamtumsatz einschließlich Umsatzsteuer

2) Anteil an der Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer

3) Anteil am steuerbaren Umsatz

4) ohne nichtsteuerbelastete land- und forstwirtschaftliche Betriebe im Sinne des § 24 UStG

5) soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht

Berichtsjahre der Verwendung oder Nutzung als Anlagevermögen zugeführt worden sind. Diese sogenannte Steuer für den Selbstverbrauch (auch Investitionsteuer genannt) betrug im Jahre 1970 6% des Wertes, der nach den einkommensteuerrechtlichen Vorschriften bei der Berechnung der Absetzung für Abnutzung für das betreffende Wirtschaftsgut anzusetzen ist. In Verbindung mit dem Abzug der Vorsteuerbeträge in Höhe von 2,54 Milliarden DM und den Steuervergünstigungen nach dem Berlinhilfegesetz (18,7 Mill. DM) belief sich die Umsatzsteuervorauszahlung aller Steuerpflichtigen - einschließlich der nach § 19 UStG Besteuernten - auf insgesamt 618,6 Mill. DM.

Die im Rahmen der Umsatzsteuerstatistik ermittelte Umsatzsteuervorauszahlung enthält nicht die Steuer auf die Einfuhr von Gegenständen in das deutsche Zollgebiet. Die sog. Einfuhrumsatzsteuer erbrachte im Jahre 1970 weitere 236,4 Mill. DM, so daß sich ein Gesamtaufkommen an Steuern vom Umsatz

von rund 855 Mill. DM ergibt. Gegenüber der Umsatzausgleichssteuer des alten Rechts sind die Steuersätze bei der Einfuhrumsatzsteuer wesentlich höher. Gemessen am gesamten Steueraufkommen hat daher die Einfuhrumsatzsteuer erheblich an Bedeutung gewonnen. Das Gewicht der durch die Umsatzsteuerstatistik ermittelten Steuervorauszahlung ist zurückgegangen, weil die Einfuhrumsatzsteuer gemäß § 15 UStG als Vorsteuer abgesetzt werden kann und somit die Zahllast erheblich herabdrückt.

Von einer Steuerbelastung der Unternehmen wird heute im Mehrwertsteuerrecht nicht gesprochen, da die Umsatzsteuer kein Kostenfaktor mehr ist, sondern nur noch ein durchlaufender Posten, der offen auf den Letztverbraucher überwältigt wird. Die Zahllast der Unternehmen ist somit weiter nichts, als die Abführung einer Steuer an den Fiskus, die beim Umsatz einer Ware oder Leistung auf der letzten Stufe entsteht. Die Steuerlast haben die privaten Endverbraucher, der Hoheitsbereich der öffentlichen Hand oder

auch die Unternehmer zu tragen, wenn sie nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt sind. Trotzdem bleibt die Umsatzsteuer wirtschaftlich gesehen weiterhin Preisbestandteil. Eine Überwälzung ist nämlich nur insofern möglich, als die angebotene Ware zum Bruttopreis auf dem Markt auch abgesetzt werden kann. Dies wird besonders deutlich beim Absatz auf der letzten Stufe an den Endverbraucher. Unternehmen mit im Verhältnis zum steuerbaren Umsatz hoher Zahllast müssen daher bei ihrer Preiskalkulation diesen steuerlichen Gegebenheiten stärker Rechnung tragen als solche mit geringer Zahllast.

Die Zahllast der Unternehmen ist maßgeblich von der Höhe ihrer Wertschöpfung abhängig. Dementsprechend bestehen auch enge Beziehungen zwischen Zahllast und abziehbarer Vorsteuer. In der Regel bedingt hohe abziehbare Vorsteuer niedrigere Wertschöpfung und umgekehrt. Diese Beziehung ist unschwer aus der ersten Tabelle oben abzulesen. In Schleswig-Holstein schwankte im Jahre 1970 der Anteil der abziehbaren Vorsteuer an der Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer zwischen 53% im Dienstleistungsbereich und 95% im Großhandel, wenn man die Organisationen ohne Erwerbscharakter und das Kreditgewerbe außer acht läßt, das ohnehin nur unvollständig erfaßt ist. Der Anteil der Umsatzsteuervorauszahlung am steuerbaren Umsatz war im Baugewerbe (4,5%) und im Dienstleistungsgewerbe (3,7%) am größten. Dem gegenüber hatte die verarbeitende Industrie und insbesondere der Großhandel nur eine relativ geringe Zahllast zu tragen. Von der Steuer auf den Selbstverbrauch entfielen auf die Unternehmen des produzierenden Gewerbes fast zwei Drittel, nämlich 61%.

Umsatzentwicklung

Zur Darstellung der Umsatzentwicklung ist es nicht sinnvoll, den gesamten steuerbaren Umsatz des Jahres 1970 mit demjenigen aus der letzten Umsatzsteuerstatistik des Jahres 1968 zu vergleichen. Eine solche Gegenüberstellung gibt die wahre Umsatzzunahme nur sehr ungenau wieder, weil in ihr sämtliche Verzerrungen der Entwicklung durch in der Zwischenzeit neu hinzugekommene oder abgegangene Unternehmen enthalten sind. Außerdem sei nochmals betont, daß gerade das Jahr 1968 als Basis für einen Vergleich wegen der vorangegangenen Umstellung auf die Mehrwertsteuer sehr ungeeignet ist. Um die prozentuale Veränderung des Umsatzes besser beurteilen zu können, wird daher in die Aufbereitung der Umsatzsteuerstatistik stets auch der Umsatz desjenigen Jahres einbezogen, das dem Berichtsjahr vorangegangen ist. Die

Erfassung beschränkt sich jedoch auf die sogenannten "paarigen Fälle", das sind diejenigen Steuerpflichtigen, die sowohl während des gesamten Berichtsjahres wie auch im gesamten Vorjahr ununterbrochen in ihrem Unternehmen wirtschaftlich tätig gewesen sind.

Umsatzentwicklung 1969/70

Nur Steuerpflichtige mit ganzjährigen Umsätzen sowohl 1969 als auch 1970

Wirtschaftsbereich	Steuerbarer Umsatz ¹		Veränderung %
	1969	1970	
	Mill. DM		
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei ²	196,6	214,0	+ 8,8
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	777,7	871,8	+ 12,1
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugew.)	10 123,5	11 335,4	+ 12,0
darunter			
Industrie	7 389,2	8 280,9	+ 12,1
Handwerk	2 266,4	2 502,0	+ 10,4
Baugewerbe	1 981,4	2 327,2	+ 17,5
darunter			
Industrie	283,7	373,8	+ 31,7
Handwerk	1 546,1	1 773,8	+ 14,7
Großhandel	8 134,0	9 258,6	+ 13,8
Handelsvermittlung	334,7	375,1	+ 12,1
Einzelhandel	5 254,1	5 860,7	+ 11,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	695,7	781,7	+ 12,4
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	30,6	38,6	+ 26,2
Dienstleistungen ³	2 073,8	2 273,7	+ 9,6
darunter			
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	709,4	771,3	+ 8,7
Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörpersch., Sozialversicherung	172,6	197,3	+ 14,3
Insgesamt	29 774,6	33 534,2	+ 12,6

1) bei Regelbesteuerten ohne Umsatzsteuer, bei nach § 19 UStG

Besteuerten mit niedrigem Gesamtumsatz einschließlich Umsatzsteuer
2) ohne nichtsteuerbelastete land- und forstwirtschaftliche Betriebe im Sinne des § 24 UStG

3) soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht

Im Jahre 1970 repräsentierten die Steuerpflichtigen mit vergleichbaren Vorjahresumsätzen etwa 85% aller erfaßten Unternehmen und 90% des gesamten steuerbaren Umsatzes. Die Veränderung des Umsatzes gegenüber 1969 belief sich insgesamt auf + 12,6%. Die Zuwachsrate zwischen zwei Jahren ist somit 1969/1970 größer gewesen als irgendwann zuvor seit 1955. Aus den Erhebungen der Jahre 1954 und 1950 liegen die Angaben über die Umsatzveränderung von paarigen Fällen nicht vor. Im einzelnen betrug der jährliche Umsatzzuwachs der schleswig-holsteinischen Unternehmen gegenüber dem Vorjahr unter den paarigen Fällen:

Berichtsjahr	Umsatzveränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1955	+ 11,1
1956	+ 10,1
1957	+ 9,9
1958	+ 7,9
1959	+ 9,4
1960	+ 7,9
1961	+ 9,5
1962	+ 11,4
1964	+ 7,7
1966	+ 5,6
1968 ¹	+ 6,3
1970	+ 12,6

1) ermittelt aus dem erhobenen Gesamtumsatz 1967 und dem speziellen errechneten fiktiven Bruttoumsatz 1968

Der Rückblick läßt erkennen, daß auch in einigen früheren Jahren die Zuwachsraten des Umsatzes mit 10% und mehr pro anno erheblich gewesen sind, und zwar in der Mitte der 50er Jahre und im Jahre 1962. Während in den 50er Jahren die Veränderungen noch relativ konstant waren, weisen die Zahlen der 60er Jahre ganz erhebliche Schwankungen in der Umsatzveränderung gegenüber den Vorjahren nach. Offensichtlich machten sich in den 50er Jahren die konjunkturellen Schwankungen nur geringfügig bemerkbar, da die wirtschaftliche Entwicklung noch überwiegend vom Auffüllen des leeren Raumes beeinflußt war, der sich in der Kriegs- und Nachkriegszeit gebildet hatte.

Die oben dargestellten Zuwachsraten sind rein nominelle Werte. Sie enthalten sowohl die jährliche echte Erhöhung der Lieferungen und Leistungen als auch die Preissteigerungen. Inwieweit nun die prozentuale Umsatzzunahme auf diesen oder jenen Einfluß zurückgeht, läßt sich aus den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik nicht ermitteln. Es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß die hohe Zuwachsrate im Jahre 1970 zu einem erheblichen Teil auf gestiegene Preise zurückzuführen ist. Diese Annahme stützt sich auf die Ergebnisse der Preisstatistik. Danach stieg zum Beispiel der bundeseinheitliche Preisindex der Lebenshaltungskosten für alle privaten Haushalte von 119,5 im Jahre 1969 auf 124,0 im Jahre 1970, wobei die Verhältnissverhältnisse von 1962 zugrunde liegen und das Jahr 1962 als Basis = 100 gesetzt ist. Die Steigerung dieses Index ist somit im Jahre 1970 höher als in irgendeinem anderen Jahre seit 1963.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen weichen die Zuwachsraten des Umsatzes von 1969 auf 1970 zum Teil erheblich vom Mittelwert ab. Die unterschiedliche Veränderung spiegelt recht gut die differenzierten Angebots- und Nachfrageverhältnisse auf den einzelnen Märkten wider. Während das Baugewerbe,

aber auch der Großhandel ein gutes Ergebnis erzielen konnten, mußten sich die Unternehmen des Dienstleistungsbereiches, hierunter besonders das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, die der Steuer unterliegenden Unternehmen im Bereich Land- und Forstwirtschaft und auch der Einzelhandel mit unterdurchschnittlichen Umsatzerhöhungen zufrieden geben. Bei der Beurteilung des Ergebnisses ist zu berücksichtigen, daß die Preissteigerungen, wie oben erwähnt, zwar überall wirksam sind, aber doch in den einzelnen Wirtschaftsbereichen in unterschiedlichem Ausmaß. In diesem Zusammenhang sei die Entwicklung im Baugewerbe erwähnt. Hier erhöhte sich im Berichtszeitraum - wiederum auf Basis 1962 = 100 - der Gesamtpreisindex für Wohngebäude (einschließlich Mehrwertsteuer) von 124,5 auf 143,1.

Steuerpflichtige mit niedrigem Gesamtumsatz

Sofern Kleinunternehmer einen Vorjahresumsatz von nicht mehr als 60 000 DM erzielt haben, unterliegen sie grundsätzlich nicht der

Steuerpflichtige 1970 mit niedrigem Gesamtumsatz gemäß § 19 UStG

Wirtschaftsbereich	Steuerpflichtige		Steuerbarer Umsatz ¹	
	Anzahl	% ²	Mill. DM	% ²
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei ³	259	16,5	9,3	3,5
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	7	5,1	0,1	0,0
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugew.) darunter	1 153	10,5	35,8	0,3
Industrie	24	1,5	0,7	0,0
Handwerk	962	12,2	29,7	1,1
Baugewerbe darunter	632	10,6	22,1	0,8
Industrie	-	-	-	-
Handwerk	577	10,7	20,5	1,0
Großhandel	153	3,9	14,3	0,1
Handelsvermittlung	322	10,7	10,0	2,3
Einzelhandel	1 094	6,9	34,9	0,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	510	17,5	23,5	2,8
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	388	73,9	16,4	19,8
Dienstleistungen ⁴ darunter	4 690	30,3	274,9	10,7
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	1 765	25,3	71,0	7,6
Friseurgewerbe	1 077	63,0	41,1	38,0
Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörpersch., Sozialversicherung	79	40,3	74,8	37,3
Insgesamt	9 287	15,3	516,1	1,4

1) einschließlich Umsatzsteuer

2) aller Steuerpflichtigen bzw. steuerbaren Umsätze

3) ohne nichtsteuerbelastete land- und forstwirtschaftliche Betriebe im Sinne des § 24 UStG

4) soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht

Regelbesteuerung, sondern der Sonderregelung nach § 19 UStG, die ihnen die Versteuerung ihrer Umsätze nach altem Bruttoumsatzsteuerrecht erlaubt. Sofern dies für sie nicht vorteilhaft ist, können Kleinunternehmer auch für die Regelbesteuerung optieren. Die Zahl der Steuerpflichtigen mit niedrigem Gesamtumsatz gemäß § 19 UStG belief sich im Jahre 1970 auf insgesamt 9 287, das sind 8% weniger als 1968. Sie repräsentieren noch 15% aller erfaßten Unternehmen; am gesamten steuerbaren Umsatz sind sie jedoch nur mit 1,4% beteiligt. Sieht man von den besonderen durch die Erfassungsmethode bedingten Verhältnissen im Kreditgewerbe ab, so lassen sich hauptsächlich noch Kleinunternehmen des Dienstleistungsbereichs nach altem Recht besteuern. Typisch hierfür ist die starke Verbreitung der Bruttobesteuerung im Friseurgewerbe.

Die geschätzte Zahl der Steuerpflichtigen mit einem Vorjahresumsatz bis zu 60 000 DM belief sich im Jahre 1970 in Schleswig-Holstein auf etwa 19 500. Hiervon sind nur knapp die Hälfte nach dem alten Recht besteuert worden. Etwa 52% der Steuerpflichtigen haben inzwischen für die Regelbesteuerung optiert. An diesen Wunsch sind die Kleinunternehmer dann mindestens fünf Kalenderjahre gebunden, so daß die Rückkehr zur Besteuerung nach altem Recht sehr erschwert ist. Im übrigen wird die Zahl der Unternehmen mit Vorjahresumsatz nicht über 60 000 DM infolge ständiger Geschäftsausweitung und Erhöhung des Preisniveaus von Jahr zu Jahr geringer werden, so daß die Bedeutung der Besteuerung nach altem Recht in Zukunft mehr und mehr abnimmt.

Umsatzgrößenklassen

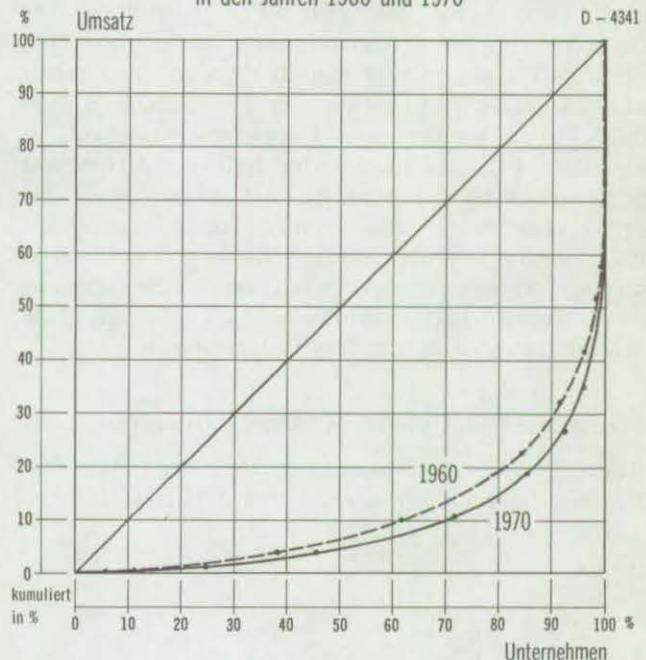
Über den immer weiter wachsenden Einfluß der Großunternehmen in der gewerblichen Wirtschaft gibt die folgende Tabelle Aufschluß, die die Verteilung der Unternehmen und ihrer Umsätze nach Größenklassen ausweist. Danach hat sich die Konzentration der Umsätze in der Hand weniger Unternehmen in den obersten Größenklassen verstärkt fortgesetzt. Die Zahl der Steuerpflichtigen mit mehr als 2 Mill. DM Umsatz erhöhte sich seit 1968 um 31% auf 2 494 im Jahre 1970. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen beläuft sich nunmehr auf 4,1%; diese relativ wenigen Unternehmen vereinigen aber 65,4% des erfaßten steuerbaren Umsatzes auf sich. Die übrigen 95,9% der Unternehmen erzielten dagegen nur Umsätze von unter 2 Mill. DM. Sie vereinigen zusammen 34,6% aller Umsätze auf sich.

In den drei untersten Größenklassen bis zu einem Jahresumsatz von 100 000 DM hat die

Zahl der Steuerpflichtigen durchweg abgenommen, in allen anderen Größenklassen nahm sie dagegen zu. Bei etwa unveränderter Zahl der Unternehmen sind offenbar seit dem Jahre 1968 viele Steuerpflichtige in höhere Größenklassen aufgerückt. Die Ergebnisse lassen schon jetzt den Schluß zu, daß auch der Übergang zur Mehrwertsteuer die weitere Konzentration der Umsätze in den Händen weniger Unternehmen im wesentlichen nicht hat verhindern können, obwohl die Kumulativwirkungen des alten Bruttoumsatzsteuersystems mit ihrem ständigen Anreiz zum Unternehmenszusammenschluß nicht mehr bestehen.

Bezüglich der Steuervorauszahlung wird indirekt bestätigt, was hierüber bereits oben im Abschnitt "Umsatzsteuer" gesagt worden ist. Abgesehen von den beiden untersten

Die Verteilung der Umsätze auf die steuerpflichtigen Unternehmen in den Jahren 1960 und 1970



Das Bild zeigt in Form zweier Lorenzkurven, wie sich die Umsätze der von der Statistik erfaßten Unternehmen mit mehr als 12 000 DM Jahresumsatz auf die Steuerpflichtigen in den Jahren 1960 und 1970 verteilen. Auf der Waagerechten sind die Unternehmen in Prozent abgetragen, und zwar kumuliert von links nach rechts nach der Höhe ihres Umsatzes. Auf der Senkrechten sind die entsprechenden Umsätze ebenfalls kumuliert abgetragen. Hätten alle Unternehmen einen gleich hohen Umsatz, so entstünde eine Gerade, die diagonal von links unten nach rechts oben geht (absolute Egalitätslinie). Je weiter die Lorenzkurve nach rechts unten durchhängt, umso ungleichmäßiger wird die Verteilung. Im dargestellten Falle ist deutlich zu erkennen, wie sich die Konzentration der Umsätze seit 1960 erheblich verstärkt hat: 80% aller Unternehmen vereinigten 1960 noch rund 20% aller Umsätze auf sich; ihr Umsatzanteil verringerte sich bis 1970 auf etwa 14%.

Steuerpflichtige und Umsätze 1970 nach Umsatzgrößenklassen

Umsatzgrößenklasse in 1 000 DM in Mill. DM	Steuerpflichtige		Steuerbarer Umsatz		Steuer- vorauszahlung (Zahllast)	
	%	1968 = 100	%	1968 = 100	%	Anteil am steuer- baren Umsatz in %
12 - 20	5,6	97	0,1	99	0,1	1,0
20 - 50	19,3	87	1,1	86	2,0	3,1
50 - 100	20,6	93	2,4	93	5,5	3,8
100 - 250	26,1	102	6,9	103	13,2	3,2
250 - 500	13,7	117	7,8	118	12,7	2,7
0,5 - 1	7,1	127	8,0	127	11,9	2,5
1 - 2	3,6	115	8,3	116	11,1	2,2
2 - 5	2,5	128	12,3	127	14,0	1,9
5 - 10	0,9	130	10,1	131	10,0	1,6
10 - 25	0,5	148	12,4	149	9,9	1,3
25 und mehr	0,3	130	30,6	146	9,7	0,5
Insgesamt	100	101	100	129	100	1,7

Größenklassen nimmt der Anteil der Zahllast am steuerbaren Umsatz kontinuierlich ab, und zwar um so stärker, je höher der Umsatz eines Unternehmens ist. Die 162 Steuerpflichtigen mit einem Umsatz von mehr als 25 Mill. DM haben im Durchschnitt nur 0,5% ihres steuerbaren Umsatzes als Zahllast an die Finanzämter abzuführen. Hierunter befinden sich hauptsächlich Unternehmen der Industrie sowie des Groß-, aber auch des Einzelhandels mit relativ hohem Vorsteuerabzug, entsprechend geringer Wertschöpfung oder auch mit Umsätzen zu ermäßigtem Steuersatz und steuerfreien Umsätzen.

Steuerfreie und steuerpflichtige Umsätze

Vom gesamten steuerbaren Umsatz (37,1 Milliarden DM) waren 8% oder 3,0 Milliarden DM

steuerbefreit, und zwar 2,9 Milliarden DM nach den Vorschriften über die Befreiungen gemäß § 4 ff. UStG und 0,1 Milliarden DM im Rahmen des Umsatzfreibetrages für Unternehmen mit niedrigem Gesamtumsatz gemäß § 19 (2) UStG. Die Bedeutung der steuerfreien Umsätze ist jedoch in Wirklichkeit wesentlich größer als durch die Statistik ausgewiesen, weil ein beträchtlicher Teil von ihnen aus methodischen Gründen nicht erfaßt worden ist, so zum Beispiel ein großer Teil der Umsätze im freiberuflichen Gesundheitswesen und im Bank- und Versicherungsgewerbe. Trotz der Absicht des Gesetzgebers, die Fälle von Steuerbefreiungen streng zu begrenzen, umfaßt nach der Novellierung des Umsatzsteuerrechts der Katalog der Steuerbefreiungen des § 4 UStG bereits wieder 26 Punkte, von denen viele noch unterteilt sind. Der Katalog bezieht sich auf Tatbestände, bei denen eine Befreiung aus systematischen Gründen notwendig erscheint, zum Beispiel Ausfuhr, Vermeidung von Doppelbesteuerungen (unter anderem bei Versicherungsumsätzen oder Grunderwerb) oder auch soziale Gründe.

Die Hälfte der nach § 4 steuerbefreiten Umsätze entfiel auf Lieferungen und Leistungen der Industrie; sie waren fast ausschließlich zum Vorsteuerabzug berechtigt und brachten somit den Unternehmen erhebliche finanzielle Vorteile. Bei den steuerfreien Umsätzen mit Vorsteuerabzug handelt es sich hauptsächlich um Ausfuhrumsätze der Schiffbauindustrie, des Maschinenbaus sowie der elektrotechnischen und optischen Industrie. Weitere erhebliche Steuerbefreiungen wurden auf Umsätze im Dienstleistungssektor gewährt, darunter insbesondere für Umsätze aus Vermietung und Verpachtung im Wohnungswesen und auf Umsätze der Lotterieuunternehmen sowie auf Entgelte für die Beförderung

Steuerpflichtiger und steuerfreier Umsatz 1970 nach Wirtschaftshauptabteilungen

Wirtschaftshauptabteilung	Steuerpflichtiger Umsatz		darunter in % mit einem Steuersatz von			Steuerfreier Umsatz ¹	
	Mill. DM	% des steuerbaren Umsatzes	11 (10) %	5,5 (5) %	4 %	Mill. DM	darunter mit Vorsteuer- abzug in %
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	262	98,0	39,1	58,6	2,3	3	46,3
Produzierendes Gewerbe insgesamt	14 041	89,9	70,6	29,1	0,3	1 562	94,4
darunter Industrie	8 533	85,3	68,3	31,7	0,0	1 471	95,9
Handwerk	4 670	98,5	70,9	28,3	0,7	56	56,1
Großhandel	10 093	95,9	59,7	40,3	0,0	431	87,3
Handelsvermittlung	413	96,7	75,9	22,9	1,2	11	74,0
Einzelhandel	6 462	99,1	68,3	31,3	0,3	50	87,6
Übrige Wirtschaftsabteilungen	2 826	76,3	70,5	24,9	4,5	825	31,2
Insgesamt	34 096	92,0	66,8	32,6	0,6	2 882	75,0

1) ohne Umsatzfreibetrag nach § 19 (2) UStG (88 Mill. DM)

von Gegenständen im grenzüberschreitenden Frachtverkehr.

Nur auf zwei Drittel des steuerpflichtigen Umsatzes kam der Regelsteuersatz von 11% zur Anwendung. Für ein Drittel ermäßigte sich die Steuer auf 5,5%. Unter den steuerpflichtigen Umsätzen kam der ermäßigte Steuersatz besonders häufig in Unternehmen

zur Anwendung, die land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse, zubereitete Futtermittel, Nahrungsmittel oder Waren des Buchhandels lieferten.

Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Die Umsätze und ihre Besteuerung im Jahre 1968" in dieser Zeitschrift 1970, S. 121 (Mai) und "Umsätze und ihre Besteuerung (Vorläufiges Ergebnis der Umsatzsteuerstatistik 1970)" in Wirtschaft und Statistik 1972, S. 52 (Januar)

Personalstruktur im öffentlichen Dienst

Teil 1

Warum Personalstrukturhebung?

Die jährliche Erhebung über das Personal im öffentlichen Dienst liefert einen summarischen Überblick über die Entwicklung des Personalstandes und in jedem dritten Jahr Angaben über Aufgabenbereiche, Geschlecht und Laufbahngruppen. Die Ergebnisse dieser laufenden Erhebungen sind für personalwirtschaftliche Planungen der öffentlichen Verwaltung wenig geeignet. Die Entwicklung im öffentlichen Dienst, die durch neuartige Aufgaben, Technisierung und Automatisierung und damit wachsende Anforderungen an die Ausbildung geprägt ist, macht jedoch Maßnahmen besonders unter dem Gesichtspunkt der Nachwuchsplanung erforderlich. Deshalb wurde erstmals eine umfangreiche Strukturhebung angeordnet¹. Die 1949/50 durchgeführten Erhebungen können nicht als solche bezeichnet werden, da sie hauptsächlich auf die Unterbringung der Flüchtlinge und den Personenkreis nach dem Gesetz zu Art. 131 GG ausgerichtet waren. Die Statistik des Jahres 1968 umfaßt eine allgemeine Personalstrukturstatistik und eine repräsentative Statistik der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne. Zu beiden Teilen der Statistik liegen Quellenwerke mit umfangreichem Zahlenmaterial und methodischen Hinweisen vor². Über die Lohn- und Gehaltsstruktur sowie einen Teilbereich der Personalstruktur wurden auch bereits Aufsätze in diesen Monatsheften veröffentlicht³.

In diesem Beitrag werden die Ergebnisse der Personalstrukturstatistik beschrieben. Die Erhebung hat mit Hilfe von Individualzähl-

blättern von allen vollbeschäftigten Bediensteten des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Sozialversicherungsträger - die erstmals in eine Personalstatistik des öffentlichen Dienstes einbezogen wurden - Alter und Geschlecht, Vor- und Ausbildung, Dienst- und Beschäftigungsverhältnis sowie Merkmale der Bezahlung erfaßt. Ferner wurde von den Berichtsstellen die Zahl der Teilzeitbeschäftigten, der Zu- und Abgänge für einen Zeitraum von 12 Monaten nach Art und Gründen sowie Angaben über Versorgungsempfänger erfragt. Dieser Beitrag beschränkt sich auf eine Kommentierung der Ergebnisse der Landes- und Kommunalbediensteten, da bei den Sozialversicherungsträgern nur 3 586 oder 4,3% aller öffentlich Bediensteten in Schleswig-Holstein beschäftigt sind.

Jeder zehnte Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst

Das Land und die Gemeinden und Gemeindeverbände sind der größte Arbeitgeber in Schleswig-Holstein. Am Stichtag der Erhebung - 2. 10. 1968 - standen 83 176 Personen im Dienst der öffentlichen Hand. Insgesamt gab es nach den Ergebnissen des Mikrozensus

Das Personal des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände am 2. Oktober 1968

	Insgesamt	Gemeinden und Gemeindeverbände	
		Land	Anzahl
Verwaltung	76 944	45 283	31 661
Vollbeschäftigte	69 764	43 365	26 399
Teilzeitbeschäftigte	7 180	1 918	5 262
Wirtschaftsunternehmen	6 232	424	5 808
Vollbeschäftigte	5 923	420	5 503
Teilzeitbeschäftigte	309	4	305
Zusammen	83 176	45 707	37 469
Vollbeschäftigte	75 687	43 785	31 902
Teilzeitbeschäftigte	7 489	1 922	5 567

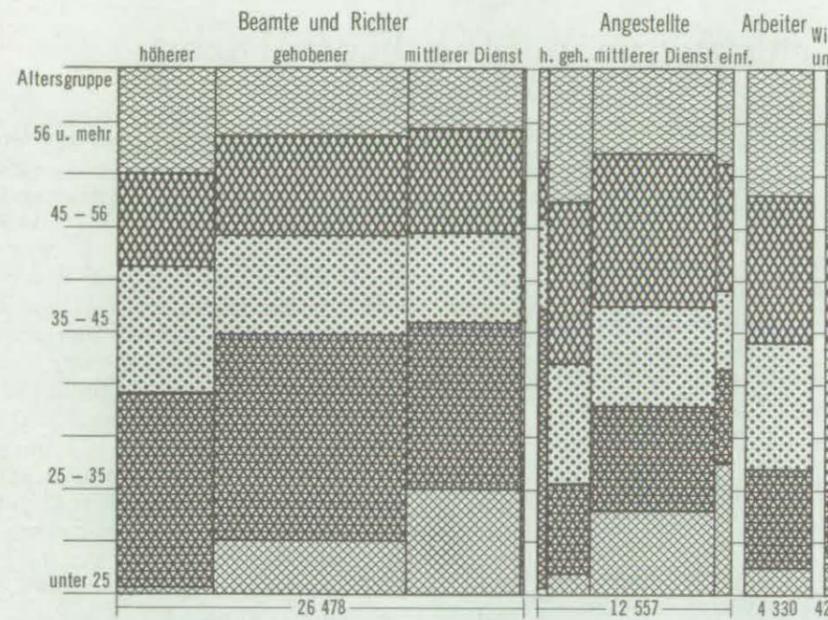
1) Gesetz über eine Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst vom 15. 5. 1968 (BGBl. I S. 385)

2) Statistische Berichte L 1 5/S - 1968: Personalstruktur im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein 1968 und N0/Lohnstruktur Öffentlicher Dienst 1968: Die Arbeitsverdienste der Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein im Oktober 1968

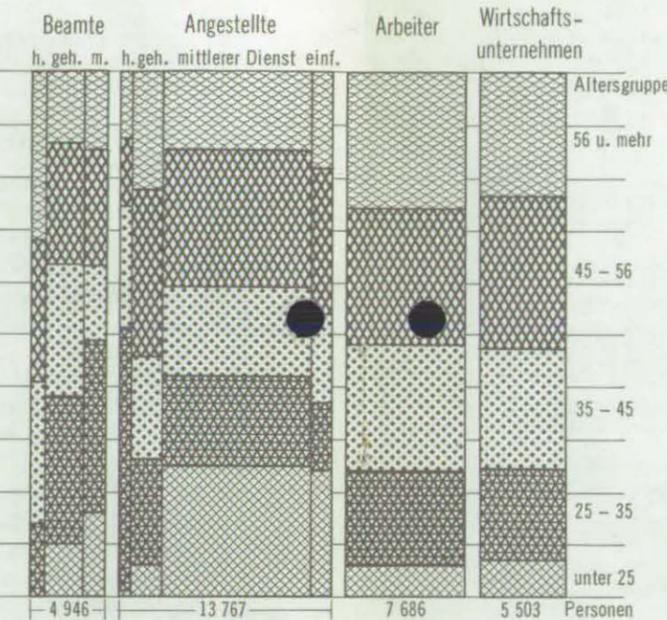
3) diese Zeitschrift 1971, S. 46 (Februar): Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes sowie 1970, S. 252 (November): Verdienststruktur im öffentlichen Dienst 1968

Die Altersstruktur im öffentlichen Dienst 1968

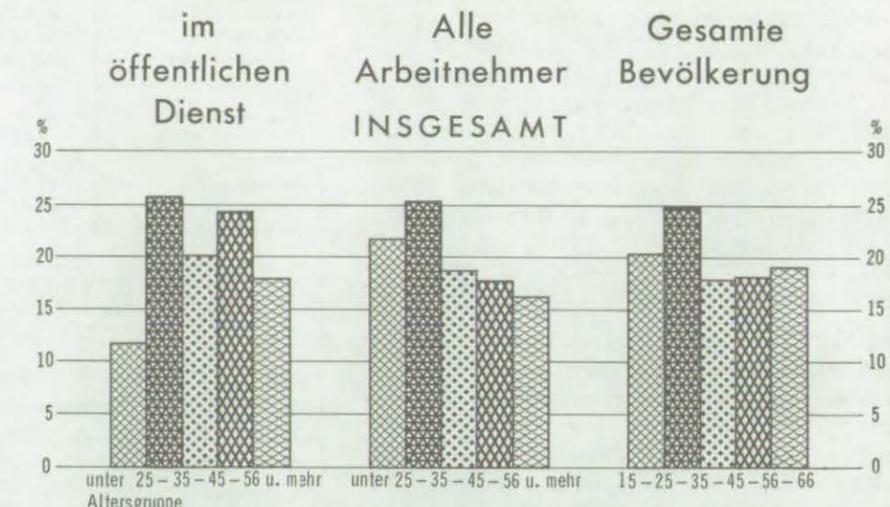
Landesbedienstete



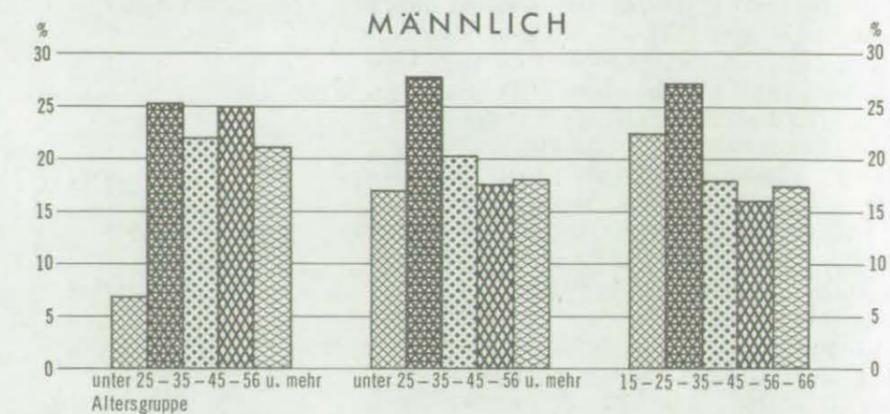
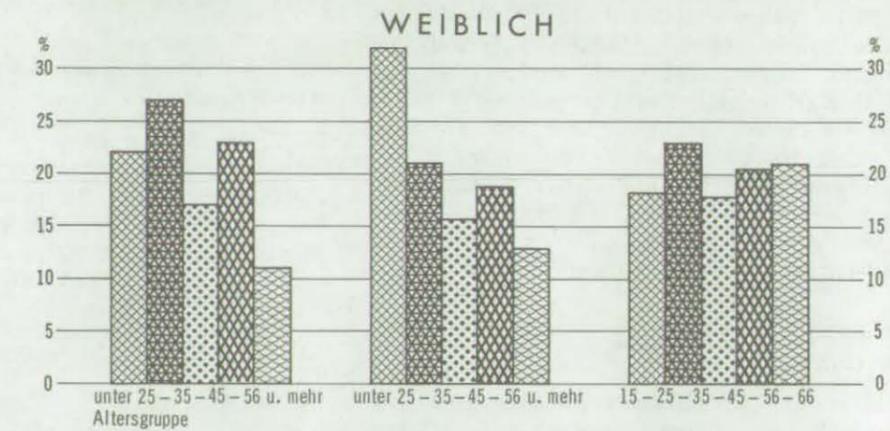
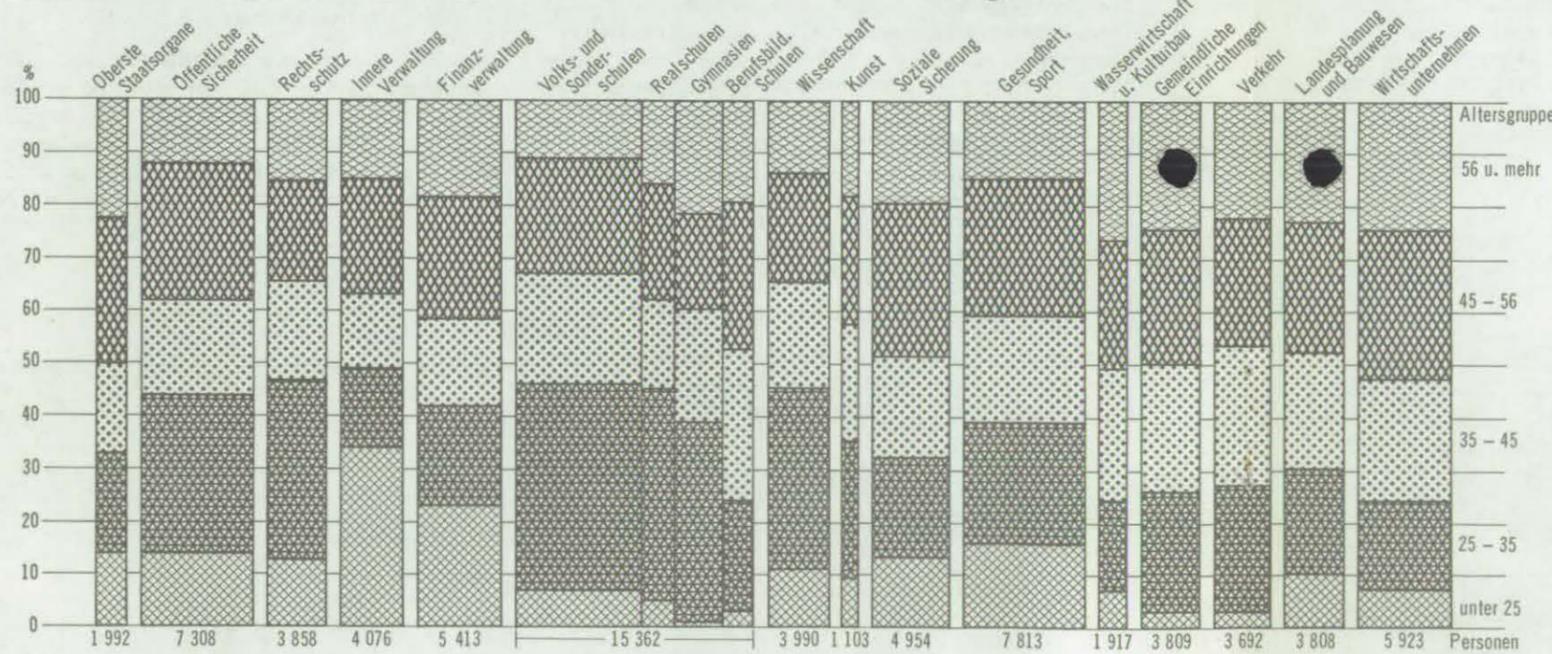
Kommunalbedienstete



Vergleich der Altersstruktur



Alle Bediensteten nach dem Aufgabenbereich



zur gleichen Zeit 799 000 Arbeitnehmer (abhängig Erwerbstätige). Damit ist jeder zehnte Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst beschäftigt. Ein Vergleich mit 1960 zeigt, daß sich die Zahl der öffentlich Bediensteten kräftiger erhöht hat als die der Arbeitnehmer insgesamt. Die Zahlen stiegen im Laufe von 8 Jahren um ein Achtel und um 5%. In ihrer Relation zueinander konnte sich dadurch jedoch fast nichts ändern. Auch eine Umrechnung auf die Einwohner ergibt wegen der wachsenden Bevölkerungszahl nur eine geringe Steigerung. Im Jahre 1960 erhielten 1 000 Einwohner von 32 Bediensteten öffentliche Dienstleistungen und 1968 von 33. Der personelle Aufwand je Staatsbürger hat sich also nur unwesentlich erhöht. Das überrascht, wenn man bedenkt, daß die Übernahme von ursprünglich nicht zur eigentlichen Verwaltung gehörenden Aufgaben wie die sozialen Einrichtungen, das Gesundheits- und Bildungswesen verstärkten Personaleinsatz bedeuten.

Von den 83 176 Beschäftigten stehen 45 707 oder 55% im Dienste des Landes und 37 469 oder 45% in dem der Gemeinden und Gemeindeverbände. Während beim Land nur wenige Arbeitnehmer in Wirtschaftsunternehmen beschäftigt sind, nämlich 424, sind es bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden 5 808 oder 16% aller Bediensteten. Von den Kommunalbediensteten entfallen 43% auf die kreisfreien Städte, reichlich ein Drittel auf die kreisangehörigen Gemeinden, ein Fünftel auf die Kreisverwaltungen und 3% auf die Ämter. Der Personalbestand des Landes ist kräftiger angestiegen als der der Kommunen. Während er insgesamt gegenüber 1960 um ein Achtel wuchs, erhöhte er sich beim Land um ein Fünftel und bei den Kommunen um 7%.

Beamte und Angestellte fast gleich stark vertreten

Landläufig wird der Beamte als Synonym für den öffentlichen Dienst verwendet. Diese Gleichsetzung trifft jedoch bei weitem nicht mehr zu. Vielmehr ist die Anzahl der im öffentlichen Dienst stehenden Beamten und Angestellten fast gleich groß. Die Beamten stellen 31 639 Bedienstete und die Angestellten 30 832. Hinzu kommen 20 705 Arbeiter. Der hohe Angestelltenanteil ist auf die Kommunen zurückzuführen. Beim Land überwiegen die Beamten. Dort stehen doppelt so viele Bedienstete in einem Beamtenverhältnis wie in einem Angestelltenverhältnis, nämlich 26 606 gegenüber 13 608. Bei den Gemeinden gibt es demgegenüber nur 5 033 Beamte aber 17 224 Angestellte. Anders ausgedrückt sind 84% der Beamten beim Land tätig und 56% der Angestellten bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Bei den Arbeitern sind

Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein am 2. Oktober 1968

	Insgesamt	Land		Gemeinden und Gemeindeverbände
		Anzahl		
Beamte	31 639	26 606	5 033	
Vollbeschäftigte	31 606	26 573	5 033	
Teilzeitbeschäftigte	33	33	-	
Angestellte	30 832	13 608	17 224	
Vollbeschäftigte	28 320	12 593	15 727	
Teilzeitbeschäftigte	2 512	1 015	1 497	
Arbeiter	20 705	5 493	15 212	
Vollbeschäftigte	15 761	4 619	11 142	
Teilzeitbeschäftigte	4 944	874	4 070	
Zusammen	83 176	45 707	37 469	
Vollbeschäftigte	75 687	43 785	31 902	
Teilzeitbeschäftigte	7 489	1 922	5 567	

die Gemeindearbeiter in der Überzahl. Fast drei Viertel von ihnen stehen in einem Arbeitsverhältnis bei den Gemeinden.

Betrachtet man die Entwicklung der drei Anstellungsverhältnisse, so zeigt sich, daß die Zahl der Arbeiter gegenüber 1960 fast unverändert geblieben ist, die der Beamten um ein Sechstel und die der Angestellten um gut ein Fünftel gestiegen ist.

Fast vier Zehntel der Bediensteten sind Frauen

Der öffentliche Dienst ist nicht mehr wie früher eine Domäne der Männer. Er weist vielmehr einen überdurchschnittlich hohen Frauenanteil aus. Während die Frauen insgesamt ein Drittel aller Arbeitnehmer stellen, sind es im öffentlichen Dienst fast vier

Frauen im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein am 2. Oktober 1968

	Insgesamt		Land		Gemeinden und Gemeindeverbände
	Anzahl	In % aller Bediensteten	Anzahl		
Beamte	7 026	22	6 548	478	
Vollbeschäftigte	7 023	22	6 545	478	
Teilzeitbeschäftigte	3	·	3	-	
Angestellte	15 965	52	7 024	8 941	
Vollbeschäftigte	13 820	49	6 163	7 657	
Teilzeitbeschäftigte	2 145	85	861	1 284	
Arbeiter	8 373	40	1 794	6 579	
Vollbeschäftigte	3 682	23	960	2 722	
Teilzeitbeschäftigte	4 691	95	834	3 857	
Zusammen	31 364	38	15 366	15 998	
Vollbeschäftigte	24 525	32	13 668	10 857	
Teilzeitbeschäftigte	6 839	91	1 698	5 141	

Zehntel. Über die Hälfte von ihnen, nämlich 15 965 von 31 364 stehen in einem Angestelltenverhältnis und überwiegen dort ihre männlichen Kollegen. Bei den Beamten stellen die Frauen dagegen nur reichlich ein Fünftel und bei den Arbeitern vier Zehntel.

Das Land beschäftigt fast die gleiche Anzahl von Frauen wie die Gemeinden und Gemeindeverbände. Wegen der höheren Gesamtzahl macht der Frauenanteil jedoch beim Land nur ein Drittel aus und bei den Kommunen reichlich vier Zehntel. Während der Anteil der angestellten Frauen, gemessen an der Gesamtzahl der Angestellten, bei Land und Gemeinden gleich ist, weisen die entsprechenden Anteile bei den Beamten und Arbeitern deutliche Unterschiede auf. Von den Landesbeamten stellen die Frauen fast ein Viertel und von den Gemeindebeamten knapp ein Zehntel. Umgekehrt ist es bei den Arbeitern. Ein Drittel der Arbeiter des Landes sind weiblichen Geschlechts und bei den Gemeinden macht ihr Anteil über vier Zehntel aus.

Steigende Zahl von Teilzeitbeschäftigten

Das Land und die Gemeinden stellen in zunehmendem Umfang Teilzeitbeschäftigte ein. Am Stichtag der Erhebung waren 7 489 Bedienstete kürzer beschäftigt als die übliche, aber mindestens die Hälfte der Wochenstundenzahl. Ihre Zahl ist im Laufe von 8 Jahren auf das eineinhalbfache gestiegen. An allen Beschäftigten macht ihr Anteil insgesamt fast ein Zehntel aus. Beim Land sind es nur 4% (1 922) und bei den Gemeinden 15% (5 567). Das bedeutet andererseits, daß drei Viertel der Teilzeitbeschäftigten bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden tätig sind. Die meisten von ihnen, nämlich 4 944, sind Arbeiter. Damit ist fast jeder vierte Arbeiter teilzeitbeschäftigt. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Frauen (4 691). Von den Angestellten arbeiten 8% oder 2 512 weniger als die übliche Wochenstundenzahl und von den Beamten nur 33, die im Landesdienst stehen.

Schwerpunkt im kulturellen Bereich

Mehr als jeder vierte hauptberuflich Vollbeschäftigte des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände ist im kulturellen Bereich eingesetzt. Von den 75 687 Vollbeschäftigten sind 20 455 hier tätig. Die meisten von ihnen, nämlich 15 362 oder ein Fünftel aller Vollbeschäftigten, entfallen auf den Bereich Unterricht. Innerhalb des Unterrichtswesens nehmen die Volks- und Sonderschulen die Spitze ein. Bei dieser Schulart stellt das weibliche Personal über die Hälfte.

Der Aufgabenbereich Gesundheit, Sport und Leibesübungen steht dem Umfang der Beschäf-

tigten nach an zweiter Stelle. Er fällt aber schon deutlich gegenüber dem kulturellen Bereich ab. Jeder zehnte Vollbeschäftigte war hier eingesetzt. Es handelt sich im wesentlichen um Bedienstete der Krankenhäuser und Heilanstalten. Von den 6 957 Bediensteten in den Krankenhäusern sind erwartungsgemäß nur ein Drittel Männer, während die Frauen das Gros stellen.

Der Bereich öffentliche Sicherheit und Ordnung beschäftigt ebenfalls jeden zehnten öffentlich Bediensteten, hauptsächlich sind es Polizisten. Von den 6 079 Beschäftigten im Polizeibereich ist nur jeder zwanzigste eine Frau.

Alle übrigen Aufgabenbereiche weisen weniger als ein Zehntel aller Vollbeschäftigten auf. Zu erwähnen sind noch die Wirtschaftsunternehmen, die 5 923 Personen oder fast 8% aller Vollbeschäftigten stellen.

Die Altersstruktur

Wie schon eingangs erwähnt, wurden die hauptberuflich Vollbeschäftigten an Hand von Individualzählblättern nach ihrem Alter gefragt. Die daraus gewonnenen Daten über den Altersaufbau des öffentlichen Dienstes werden in den folgenden Abschnitten unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet. Mehrere Grafiken dazu befinden sich auf den Seiten 58 und 59.

Hoher Anteil der 45- bis 56jährigen

Vergleicht man die abhängig Erwerbstätigen, also die in Verwaltung und Wirtschaft beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter mit den hauptberuflich Vollbeschäftigten - für die Teilzeitbeschäftigten liegen keine Altersangaben vor - des öffentlichen Dienstes, so ergibt sich, daß 9,5% der abhängig Erwerbstätigen beim Land, den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Dienst stehen. Für die Männer ergibt sich ein Anteil von ebenfalls 9,5% und für die Frauen ein solcher von 9,3%. Letztlich haben sich also die männlichen und weiblichen Arbeitnehmer im gleichen Umfang für den öffentlichen Dienst entschieden. Wie sieht es nun aber in den einzelnen Altersgruppen aus? Der Anteil der männlichen Bediensteten liegt in den jüngeren Altersgruppen unter dem Durchschnitt und in den mittleren und älteren darüber. Die Altersgruppen unter 25 Jahre und 45 bis 56 Jahre ragen besonders heraus. Die jüngsten männlichen Bediensteten stellen nur einen Anteil von knapp 4% aller Arbeitnehmer und die 45- bis 56jährigen einen von fast 14%. Der niedrige Anteil der jüngsten männlichen Altersgruppe mag mit den höheren Anforderungen an die Vorbildung zusammen-

Anteile der Vollbeschäftigten im öffentlichen Dienst
an allen Arbeitnehmern 1968

Altersgruppe	Insgesamt	männlich	weiblich
unter 25	5,1	3,9	6,5
25 bis 35	9,6	8,6	12,1
35 bis 45	10,3	10,3	10,2
45 bis 56	12,9	13,7	11,5
56 bis 65	11,8	12,9	8,7
65 und älter	2,1	2,1	2,0
Insgesamt	9,5	9,5	9,3

hängen; betrachtet man jedoch die Altersgruppe der 25- bis 35jährigen, so stellt man fest, daß diese mit weniger als 9% ebenfalls unterdurchschnittlich besetzt ist. Das führt zu dem Schluß, daß im öffentlichen Dienst eine gewisse Überalterung vorhanden ist. Diese Aussage wird dadurch bestärkt, daß die bis 45 Jahre alten männlichen Bediensteten nur reichlich die Hälfte des Personals der öffentlichen Hand stellen, während unter allen männlichen Arbeitnehmern fast zwei Drittel dieser Altersgruppe zugehören. Die möglichen Gründe für die stärkere Besetzung der älteren Altersgruppen im öffentlichen Dienst dürften neben anderen darin zu sehen sein, daß hier nach dem zweiten Weltkrieg im verstärkten Maße ältere Bewerber, die durch Vertreibung oder andere Kriegseinflüsse ihren Arbeitsplatz verloren hatten, aufgenommen wurden, daß eine größere Sicherheit des Arbeitsplatzes für ältere Arbeitnehmer geboten wird und vielleicht auch, daß die Löhne und Gehälter vom Alter abhängig sind.

Bei den weiblichen Bediensteten sieht die Altersstruktur auf den ersten Blick günstiger aus. In der jüngsten Altersgruppe sind sie zwar auch im Vergleich zu den Arbeitnehmerinnen unterdurchschnittlich vertreten, dafür aber in der Altersgruppe 25 bis 35 Jahre mit über 12% weit überdurchschnittlich. Die weiblichen Beschäftigten der öffentlichen Hand bis 45 Jahre stellen dadurch ebenso wie die weiblichen Arbeitnehmer etwa zwei Drittel der jeweiligen Gesamtzahl. Auffällig ist der Rückgang des Anteils der 35- bis 45jährigen. Während der Anteil der männlichen Bediensteten von Altersgruppe zu Altersgruppe bis 56 Jahre steigt, ist der der weiblichen Bediensteten mit 35 bis 45 Jahre niedriger als der der 25- bis 35jährigen. Das dürfte einmal darauf zurückzuführen sein, daß im letzten Jahrzehnt verstärkt Frauen in den öffentlichen Dienst eingetreten sind und zum anderen, daß Frauen dieser Altersgruppe häufiger den öffentlichen Dienst wegen häuslicher Pflichten verlassen als es in der Privatwirtschaft der Fall ist, weil sie in der Regel keine Möglichkeit der zeitlich begrenzten Beschäftigung (zum Beispiel halbtags) haben.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände schneiden in der Altersstruktur ihrer Bediensteten, wenn man jüngeres Personal als Vorteil ansieht, ungünstiger ab als das Land. Von den Kommunalbediensteten sind 54% unter 45 Jahre alt und von den Landesbediensteten 61%. Demgegenüber sind 20% der Kommunalbediensteten über 56 Jahre alt und nur 16% der Landesbediensteten. Auffallend ist, daß in der jüngsten Altersgruppe (bis 25 Jahre) das Personal in Kommunen einen höheren Anteil (13%) aufweist als das des Landes (11%). Das liegt jedoch an der unterschiedlichen Aufgabenstellung. Bei den Kommunen sind über drei Viertel der Bediensteten als Arbeiter oder im einfachen oder mittleren Dienst tätig und beim Land knapp die Hälfte. Die Anforderungen an die Vorbildung und damit das Alter bei Diensteintritt sind also geringer. Im nächsten Abschnitt wird darauf noch näher eingegangen werden.

Über zwei Drittel der Landesbeamten unter 45 Jahre

Von den hauptberuflich vollbeschäftigten Beamten und Richtern des Landes sind über zwei Drittel unter 45 Jahre alt. Diese Altersstruktur wird maßgeblich vom gehobenen Dienst bestimmt, da sich hier fast die Hälfte aller Beamten und Richter befinden. Ihr Altersaufbau stimmt weitgehend mit dem aller Beamten und Richter überein. Starke Abweichungen zeigen sich dagegen bei einem Vergleich zwischen höherem und einfachem Dienst. Fast sieben Zehntel der Landesbeamten des mittleren Dienstes sind unter 45 Jahre alt und nur etwas mehr als sechs Zehntel des höheren Dienstes. Noch größer sind die Unterschiede, wie nicht anders zu erwarten, bei den unter 25 Jahre alten. Hier gibt es nur wenige Beamte des höheren Dienstes, aber zwei Zehntel des mittleren. Das dies an der längeren Vorbildungszeit des höheren Dienstes liegt, braucht nicht besonders betont zu werden. Die Beamtenlaufbahn des einfachen Dienstes spielt nur noch eine geringe Rolle. Da es außerdem nur noch ganz wenige junge Beamte dieser Laufbahn gibt, kann man davon ausgehen, daß diese Laufbahn unattraktiv geworden ist oder aber, daß es kaum noch einfache Aufgaben gibt.

Bei den Landesangestellten halten sich die über und unter 45jährigen etwa die Waage. Die unter 45jährigen stellen 54% und die über 45jährigen entsprechend 46%. Da der mittlere Dienst unter den Angestellten dominiert, prägt er die Gesamtstruktur. Die anderen Laufbahngruppen weichen mehr oder weniger stark vom Durchschnitt ab. Hier ragt erwartungsgemäß besonders der

höhere Dienst heraus. Unter 25 Jahre alte Angestellte des höheren Dienstes gibt es kaum, aber über die Hälfte ist zwischen 25 und 35 Jahre alt und die unter 45 Jahre alten Landesangestellten stellen sieben Zehntel. Vom einfachen Dienst der Angestellten, dessen Zahl fast sechsmal höher ist als die der vergleichbaren Beamten, entfallen ein Viertel auf die unter 25 Jahre alten.

Ein Vergleich der Altersstruktur der Beamten und Angestellten des Landes zeigt, daß die Anteile der jüngsten (unter 25 Jahre) sowie der über 45 Jahre alten unter den Angestellten höher sind als unter den Beamten. In der Altersgruppe 35 bis 45 Jahre sind die Anteile fast gleich und bei den 25- bis 35jährigen überwiegen die Beamten (37% zu 21%).

Bei den Arbeitern des Landes sind wie bei den Angestellten die Anteile der unter und über 45jährigen ziemlich gleich. Die Arbeiter weisen jedoch mit fast einem Viertel der über 56jährigen und 5% der unter 25jährigen jeweils den größten und kleinsten Anteil aller drei Dienstverhältnisse aus.

Ein Fünftel der Gemeindeangestellten ist jünger als 25 Jahre

Die unter 25 Jahre alten hauptberuflich vollbeschäftigten Angestellten der Gemeinden und Gemeindeverbände stellen mit einem Anteil von einem Fünftel den größten Anteil aller Dienstverhältnisse des Landes und der Kommunen dieser Altersgruppe. Das ist auf die Angestellten des mittleren Dienstes, die sieben Zehntel der kommunalen Angestellten ausmachen, zurückzuführen. Von ihnen befindet sich ein Viertel in dieser Altersgruppe. Von allen Angestellten der Kommunen stehen fast sechs Zehntel im Alter unter 45 Jahre. Beim höheren Dienst sind es beinahe zwei Drittel, wobei der Schwerpunkt in der Altersgruppe 25 bis 35 Jahre mit der Hälfte liegt. Der gehobene Dienst der kommunalen Angestellten weist dagegen weniger als die Hälfte in den Altersgruppen unter 45 Jahre nach und der mittlere Dienst knapp sechs Zehntel. Von den Gemeindefacharbeitern sind nicht ganz die Hälfte unter 45 Jahre alt. Der Anteil der unter 25 Jahre alten ist wie beim Land gering, er macht 6% aus.

Die Altersstruktur der Kommunalbeamten unterscheidet sich in den oberen und mittleren Altersgruppen nicht wesentlich von der der Angestellten. In der untersten und in der zweiten Altersgruppe treten jedoch bemerkenswerte Unterschiede auf. Von den Beamten ist nur jeder Zehnte unter 25 Jahre alt und von den Angestellten jeder Fünfte. In der Altersgruppe 25 bis 35 Jahre befindet sich dagegen

mehr als jeder vierte Gemeindebeamte und nur beinahe jeder fünfte Angestellte. Für beide Altersgruppen zusammen ergibt sich ein leichtes Übergewicht der Angestellten. Der höhere Dienst der Kommunalbeamten zeigt eine gewisse Überalterung, wenn man einen Vergleich zu den Landesbeamten zieht. Keiner von ihnen ist unter 25 Jahre alt und nur vier Zehntel sind unter 45 Jahre alt. Beim Land sind es gut sechs Zehntel. Ebenso wie beim Land scheint der einfache Dienst der Kommunalbeamten auszusterben. Einmal ist ihre Anzahl gering und zum anderen gibt es keine unter 25jährigen, aber zwei Drittel sind über 56 Jahre alt.

Jeder dritte Bedienstete der inneren Verwaltung unter 25 Jahre alt

Die Alterszusammensetzung der Bediensteten innerhalb der Verwaltungszweige ist recht unterschiedlich. Das liegt einmal an den durch unterschiedliche Vorbildungsvoraussetzungen bedingten Dienst Eintritt und zum anderen an echtem Nachwuchsmangel. Insgesamt ist knapp jeder achte der Vollbeschäftigten des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände noch nicht 25 Jahre alt. Diesen Anteil übertreffen mehrere Aufgabenbereiche. Die innere Verwaltung ragt dabei besonders heraus. Hier ist mehr als jeder dritte jünger als 25 Jahre. Auch die Finanzverwaltung liegt mit fast jedem vierten weit über dem Durchschnitt. Nur wenige jüngere Kräfte weisen die Aufgabenbereiche Unterricht (5%), gemeindliche Anstalten und Einrichtungen sowie Verkehr mit jeweils 3% auf. Die Altersgruppe zwischen 25 und 35 Jahre zeigt die dichteste Besetzung in den Bereichen Realschulen und Hochschulen mit jeweils vier Zehnteln sowie Volks- und Sonderschulen mit 39% und Gymnasien mit 38%. Faßt man die Altersgruppen bis 45 Jahre zusammen, so ergibt sich insgesamt ein Anteil von knapp sechs Zehnteln. Dieser Anteil wird vor allem von den Hochschulen (71%), ordentlichen Gerichten und Staatsanwaltschaften (68%) sowie Volks- und Sonderschulen (67%) übertroffen.

Die älteren Jahrgänge (über 56 Jahre) sind vor allem in den Bereichen Wasserwirtschaft und Kulturbau (26% gegenüber 18% im Durchschnitt), gemeindliche Anstalten und Einrichtungen (24%), Ministerien (22%) und Gymnasien (21%) anzutreffen. Die über 45jährigen stellen im Landesdurchschnitt vier Zehntel und in den Aufgabenbereichen oberste Staatsorgane, soziale Sicherung, Wasserwirtschaft und Kulturbau sowie gemeindliche Anstalten und Einrichtungen jeweils die Hälfte. Bei den Wirtschaftsunternehmen sind es sogar 52%.

Vor- und Ausbildung

Die Laufbahnordnung des öffentlichen Dienstes fordert von den Beamten und Angestellten für ihre Einstufung in die Laufbahngruppen bestimmte Voraussetzungen hinsichtlich der Schul- und Hochschulbildung. So ist für den höheren Dienst in der Regel der Nachweis über den Abschluß eines wissenschaftlichen Hochschulstudiums erforderlich und für den gehobenen Dienst allgemein mindestens die sogenannte mittlere Reife. Ausnahmen von diesen Grundsätzen sind nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen, wie etwa überdurchschnittliche Prüfungsergebnisse, möglich. Die Vor- und Ausbildung hat also im öffentlichen Dienst ein besonderes Gewicht.

Jeder vierte Bedienstete hat Abitur

Von den hauptberuflich Vollbeschäftigten des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände gaben die Hälfte als abgeschlossene Schulbildung die Volksschule an, 26% besaßen die mittlere Reife und 24% das Abitur. Von den eigentlichen Bediensteten der Verwaltung hatten sogar 26% das Abitur und 27% die mittlere Reife.

Bei den Arbeitern gibt es erwartungsgemäß nur wenige, die einen höheren Schulabschluß als die Volksschule haben. Bei den Angestellten haben dagegen fast die Hälfte und bei den Beamten über drei Viertel mittlere Reife oder Abitur. Die Beamten haben also eine fundiertere Schulausbildung als die Angestellten. Das wird noch dadurch unterstrichen, daß jeder zweite Beamte Abitur hat und nur jeder zehnte Angestellte. Das ist auf das Übergewicht des gehobenen Dienstes bei den Beamten einerseits und des mittleren Dienstes bei den Angestellten

andererseits zurückzuführen. Sowohl die Beamten als auch die Angestellten des höheren Dienstes weisen zu 94% das Abitur auf. Im gehobenen Dienst ergeben sich dagegen deutliche Unterschiede: 57% der Beamten haben das Abitur und nur 16% der Angestellten; ein Drittel der Beamten haben mittlere Reife und 54% der Angestellten. Im mittleren Dienst sind die Unterschiede zwischen Beamten und Angestellten gering und im einfachen Dienst ist der Vergleich wegen der niedrigen Zahl von Beamten gestört.

Die Schulbildung der Landesbediensteten ist, selbst wenn man die Wirtschaftsunternehmen außer Betracht läßt, fundierter als die der Gemeindebediensteten. Von den Landesbediensteten weisen 37% das Abitur als Schulabschluß auf und von den Gemeindebediensteten nur 8%. Dieses unterschiedliche Niveau bewirken vor allem die Landesbeamten des gehobenen Dienstes. Von ihnen haben 68% das Abitur, während es bei den Gemeindebeamten der gleichen Laufbahngruppe nur 8% sind. Das schlägt sich auch bei der Gesamtzahl der Beamten nieder: Von den Landesbeamten hat jeder zweite das Abitur und von den Gemeindebeamten jeder vierte. In den übrigen Laufbahngruppen unterscheidet sich die Schulbildung der Landes- und Gemeindebediensteten nicht wesentlich.

Über die Hälfte besuchten eine berufsbildende Schule

Neben dem Schulabschluß wurden die Bediensteten auch nach einer abgeschlossenen Ausbildung an einer berufsbildenden Schule befragt. Dazu zählten nur die allgemeinen berufsbildenden Schulen und nicht die Verwaltungsschulen.

Über die Hälfte der hauptberuflich Vollbeschäftigten des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände haben neben den allgemeinbildenden Schulen eine berufsbildende Schule besucht. Von den Bediensteten der

Schulbildung des öffentlichen Dienstes

Dienstverhältnis Laufbahngruppe	Insgesamt Anzahl	Volks- schule	Mittlere Reife	Abitur
Beamte und Richter	31 424	23	27	49
Höherer Dienst	7 258	1	4	94
Gehobener Dienst	14 958	10	33	57
Mittlerer Dienst	8 984	61	38	1
Einfacher Dienst	224	93	7	—
Angestellte	26 324	52	39	10
Höherer Dienst	1 338	1	5	94
Gehobener Dienst	4 819	30	54	16
Mittlerer Dienst	17 714	57	41	3
Einfacher Dienst	2 453	84	14	2
Arbeiter	12 016	98	2	0
Zusammen	69 764	47	27	26
Wirtschaftsunternehmen	5 923	84	15	1
Insgesamt	75 687	50	26	24

Berufsschulbildung des öffentlichen Dienstes

Dienstverhältnis	Be- dienstete ins- gesamt	darunter mit ...schule		
		Berufs- in %	Berufsfach- in %	Fach- in %
Beamte und Richter	31 424	14	18	7
Angestellte	26 324	35	16	16
Arbeiter	12 016	42	4	1
Zusammen	69 764	27	14	10
Wirtschaftsunternehmen	5 923	54	14	5
Insgesamt	75 687	29	14	9

Wirtschaftsunternehmen sind es sogar sieben Zehntel. Die Berufsschule steht dabei im Vordergrund, während die Berufsfachschulen und Fachschulen von einer geringeren Zahl besucht wurden. Erwartungsgemäß haben die Beamten und Richter seltener eine berufsbildende Schule besucht als die Angestellten und Arbeiter. Bei den Beamten sind es knapp vier Zehntel, bei den Angestellten zwei Drittel und bei den Arbeitern knapp die Hälfte. Der Anteil der Bediensteten mit Berufsschulabschluß steigt mit fallender Laufbahngruppe:

	Beamte	Angestellte
	mit Berufsschule in % zur Gesamtzahl	
Höherer Dienst	4	2
Gehobener Dienst	10	18
Mittlerer Dienst	26	40
Einfacher Dienst	57	50

Das Abschlußzeugnis einer Berufsfachschule besitzen häufiger Beamte als Angestellte, während es bei den Fachschulzeugnissen umgekehrt ist. Bemerkenswert ist, daß über die Hälfte der Beamten des mittleren Dienstes den Abschluß einer Berufsfachschule aufweisen.

Die Kommunalbediensteten haben häufiger eine berufsbildende Schule besucht als die Landesbediensteten. Beim Land sind es gut vier Zehntel aller Bediensteten und bei den Gemeinden fast zwei Drittel. Dieser Unterschied ist auf die Beamten zurückzuführen, während die Anteile bei den Angestellten und Arbeitern ziemlich gleich sind. Zwei Drittel der Gemeindebeamten besuchten eine berufsbildende Schule und etwas mehr als ein Drittel der Landesbeamten.

Walter Dahms

Der Anbau von Gemüse auf dem Freiland

Der Anbau von Gemüse und Erdbeeren wird jährlich im Juli erhoben und zwar alle drei Jahre (letztmalig 1969) total in allen Gemeinden und Betrieben, dazwischen repräsentativ in ausgewählten Gemeinden und Betrieben. Bis zum Jahre 1968 beziehen sich alle Angaben auf den Anbau zu Erwerbszwecken. Dazu gehört auch der Anbau in Anstalten für deren Eigenversorgung und auf Versuchsfeldern. Seit 1969 wird nur noch der Anbau zum Verkauf erhoben.

ein. Dieser wiederum wird zu gut 70 % im Hauptanbaugebiet Dithmarscher Marsch angebaut und zwar überwiegend von den landwirtschaftlichen Betrieben im feldmäßigen Anbau.

	D 1960 - 1965	D 1965 - 1970	1971
	Anbaufläche in ha		
Weißkohl	2 314	2 275	2 221
Rotkohl	1 284	1 203	984
Wirsing	520	496	295
Kopfkohl zusammen	4 118	3 974	3 500

Der Verbrauch an Gemüse ist besonders während der letzten Jahre in der Bundesrepublik merklich gestiegen¹. Hierbei dürften der Wunsch nach gesunder, vielseitiger und vitaminreicher Ernährung sowie das erhöhte Angebot an relativ billigen Gemüsekonserven und tiefgefrorenem Gemüse in laufend gestiegener Qualität und verbesserter Aufmachung die Hauptgründe sein. Nicht nur die Preise für Gemüsekonserven, sondern auch für Frischgemüse blieben - von den jährlichen Schwankungen abgesehen - während des beobachteten Jahrzehnts auf annähernd konstantem Niveau.

Die Rentabilität des Kopfkohlanbaus leidet unter sehr stark schwankenden Preisen. Aus diesem Grund wurde vor allem der Rotkohl- und Wirsingkohlanbau in den letzten Jahren recht drastisch eingeschränkt. Rotkohl und Wirsing werden noch größtenteils über den Frischmarkt abgesetzt. Die Entfernungen zu den Hauptabsatzmärkten sind beträchtlich, so daß die stark gestiegenen Frachtkosten den Standortnachteil Schleswig-Holsteins immer mehr hervortreten lassen.

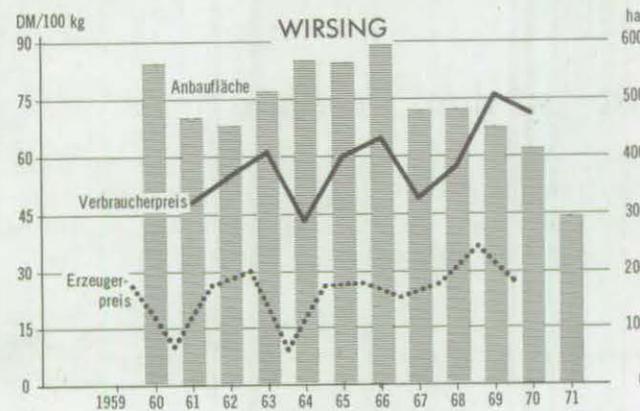
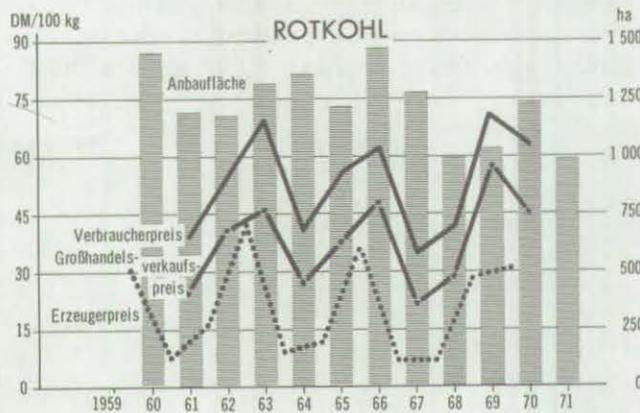
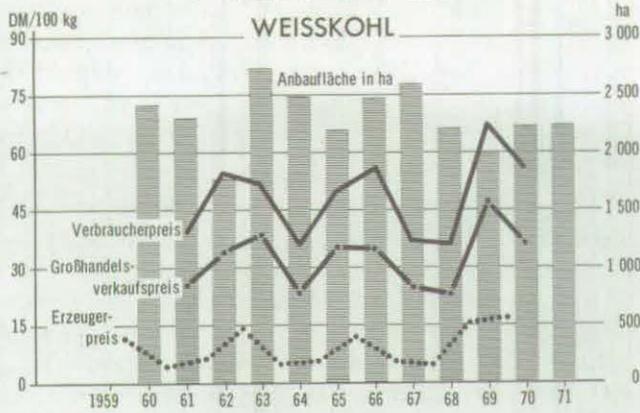
Kopfkohl

Fast die Hälfte der Freiland-Gemüseanbaufläche Schleswig-Holsteins nimmt der Kopfkohl

Der Weißkohlanbau dagegen hielt sich etwa auf gleichem Niveau. Der Weißkohlabsatz ist zu einem größeren Teil (etwa die Hälfte beim

1) Quelle: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1971, S. 179

Anbau und Preise



Herbstweißkohl und 20 % des Dauerweißkohls) vertraglich gebunden. Hierdurch ist den Anbauern auch in den Jahren mit Tiefpreisen und Absatzschwierigkeiten ein Mindestpreis und vor allem der Absatz überhaupt gesichert. Beim Weißkohl gilt bezüglich der Frachtkosten grundsätzlich das Gleiche wie bei Rotkohl und Wirsingkohl. Beim Weißkohl wird jedoch nur der kleinere Teil der Ernte - schätzungsweise etwa 20 % - auf dem Frischmarkt abgesetzt; es überwiegt die Verarbeitung zu Sauerkohl. Da sich nun gerade in den letzten Jahren die Sauerkohlverarbeitung stark nach Schleswig-Holstein verlagert hat, haben sich die Frachtkostenerhöhungen hier nicht im gleichen Umfang nachteilig ausgewirkt wie bei Rotkohl und Wirsing.

Aus den Grafiken sind bei den drei Kopfkohlarten die starken Ausschläge in den Preisen

und Anbauflächen zu erkennen. Die erheblichen Abstände zwischen Erzeugerpreisen und Verbraucherpreisen sind einmal auf die Handelspreisen, zum andern darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil des Kopfkohls nicht als Frischware verkauft, sondern zu Sauerkohl verarbeitet wird und entsprechend niedrigere Erzeugerpreise erbringt; außerdem sind die Verteilungskosten beträchtlich. Während in den früheren Jahren der Anbau noch sehr stark auf die Preise reagierte, scheinen die zyklischen Ausschläge in den letzten Jahren schwächer zu werden. In den meisten landwirtschaftlichen Betrieben dürften heute wegen des stark reduzierten Arbeitskräftebesatzes und auch aus Gründen der Liquidität einem spekulativen Anbau von Kohl weit engere Grenzen gesetzt sein, als noch vor wenigen Jahren. Trotz einiger Erfolge in der Mechanisierung des Pflanzens und der Pflege bleibt der Kopfkohlanbau noch mit erheblichem Handarbeitsaufwand belastet. Die Mechanisierung der Kopfkohlernte steckt noch im Versuchsstadium.

Die Erträge des Kopfkohls wurden bis zum Jahre 1964 allein durch Schätzungen der amtlichen Berichtersteller ermittelt. Seit 1965 werden bei einigen Kopfkohlarten repräsentative Ertragsmessungen angestellt. Aus den Ergebnissen dieser objektiven Feststellungen wissen wir, daß die Erträge erheblich unterschätzt werden.

Erträge ausgewählter Kopfkohlarten

Für die amtliche Ernteberechnung werden nach wie vor die Schätzungsergebnisse zugrunde gelegt, da in den übrigen Bundesländern bisher keine objektiven Ertragsfeststellungen durchgeführt wurden.

Kohlart	Schätzung dz/ha		Messung ¹ dz/ha	
	D 1965 - 1970	1971	D 1965 - 1970	1971
Herbstweißkohl	648	738	791	846
Dauerweißkohl	435	528	629 ^a	691
Dauerrotkohl	351	416	498 ^b	525

¹) unter Berücksichtigung von 10 % für Ernteverluste
a) 1966 bis 1970 b) 1967 - 1970

Sonstige Kohlarten

Nach dem Kopfkohl kommt dem Blumenkohl mit knapp 300 ha 1971 noch eine regionale Bedeutung zu, der Rosenkohlanbau dagegen hatte 1971 ebenso wie der Grünkohl keine 100 ha Anbaufläche mehr aufzuweisen. Während sich der Anbau von Blumenkohl zu fast zwei Dritteln auf das Hauptanbaugebiet Glückstädter Raum

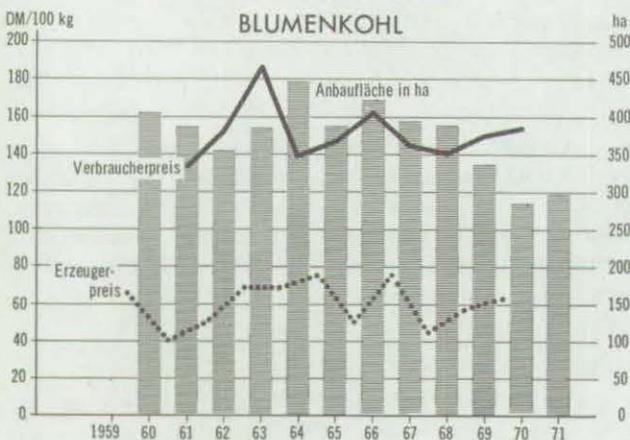
konzentriert, sind der Rosenkohl- und der Grünkohlanbau mehr verstreut zu finden.

	D		1971
	1960 - 1965	1965 - 1970	
	Anbaufläche in ha		
Blumenkohl	392	368	296
Rosenkohl	123	97	96
Grünkohl	151	135	73

Langfristig ist der Trend bei allen drei Arten, wie die vorstehende Übersicht zeigt, fallend.

Diese Entwicklung wird aus dem Bild für Blumenkohl nochmals sichtbar. Darüberhinaus zeigt sich kaum ein steigender Trend bei den Erzeugerpreisen, dafür wiederum ein großer Abstand zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen. Die Verteilung von Frischgemüse ist nun einmal sehr lohnintensiv und teilweise auch verlustreich.

D - 4343
Anbau und Preise
BLUMENKOHL

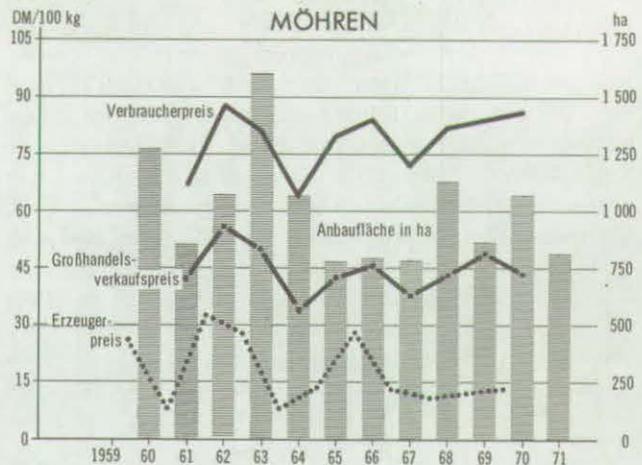


Speisemöhren

Die Hälfte des Möhrenanbaus und 95 % des Karottenanbaus sind vertraglich in Preis und Absatz gebunden. Karotten und späte Möhren werden ganz überwiegend industriell verarbeitet. Die Preise für diese industriell verarbeiteten Möhren und Karotten bestimmen auch den durchschnittlichen Erzeugerpreis. Lediglich

	D		1971	
	1960 - 1965	1965 - 1970	zu- sammen	darunter Vertrags- anbau
	Anbaufläche in ha			
Möhren und Karotten zusammen	1 100	906	815	441
darunter frühe Möhren			120	13
späte Möhren			472	217
Karotten			223	211

D - 4344
Anbau und Preise
MÖHREN



von den frühen Möhren wird noch der überwiegende Anteil für den Frischmarkt angebaut.

Die Anbauflächen von Möhren und Karotten schwankten in den letzten Jahren zwischen 800 und 1 100 ha. Wenngleich die großen Anbauflächen der Jahre 1960 und 1963 nicht mehr erreicht wurden, ist eine eindeutig rückläufige Tendenz bisher nicht festzustellen.

Hülsengemüse

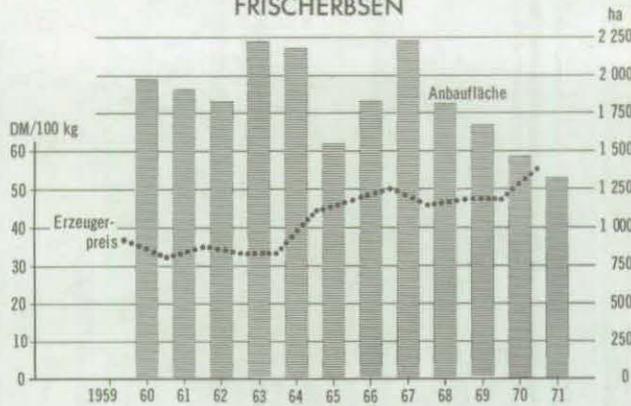
Ebenso wie die Möhren und Karotten werden die in unserem Lande angebauten Frischerbsen und Buschbohnen überwiegend in der Konservenindustrie verwertet. 92 % der Erbsenanbaufläche und 82 % der Buschbohnenanbaufläche waren 1971 vertraglich gebunden.

	D		1971	
	1960 - 1965	1965 - 1970	zusammen	darunter Vertrags- anbau
	Anbaufläche in ha			
Frischerbsen	1 948	1 765	1 325	1 222
Buschbohnen	2 046	1 257	1 036	851
Dicke Bohnen	74	126	140	

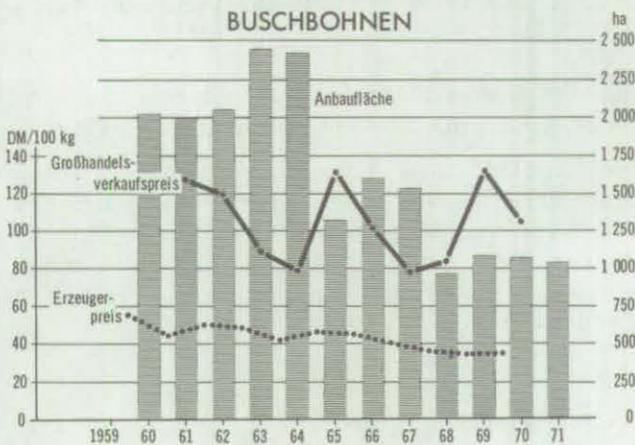
Der Anbau von Frischerbsen und Buschbohnen und die Erzeugerpreise hängen daher fast vollkommen von den Dispositionen der Konservenindustrie ab. Die Frischmarktbelieferung hat kaum eine Bedeutung, ebensowenig die dort erzielten Verbraucherpreise.

Die Absatz- und Ertragslage der hiesigen Gemüsekonservenfabriken war in den letzten Jahren außerordentlich angespannt. Wegen des teilweise ruinösen europäischen Wettbewerbs hat die Konservenindustrie einen harten Existenzkampf zu bestehen. Innerhalb von wenigen Jahren wurde aus diesen Gründen die Buschbohnenanbaufläche auf die Hälfte reduziert. Der

Anbau und Preise FRISCHERBSEN



BUSCHBOHNEN



Frischerbsenanbau ging um ein Drittel gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1960 - 65 zurück.

Einen Aufschwung erlebte bis zum Jahre 1969 der Anbau von Dicken Bohnen, der ebenfalls eine - wenn auch begrenzte - Bedeutung für die Konservenindustrie erlangte. In den letzten beiden Jahren ging der Anbau jedoch wieder zurück.

Sonstige Gemüsearten

Die Entwicklung der Anbauflächen der übrigen Freilandgemüsearten, die in Schleswig-Holstein noch Bedeutung haben, ist uneinheitlich. Von den Arten, die hauptsächlich für die industrielle Verarbeitung infrage kommen, wie Rote Rüben, Spinat und Gurken (vor allem Einlegegurken), wurden die Anbauflächen der

	D 1960 - 1965	D 1965 - 1970	1971
	Anbaufläche in ha		
Rote Rüben	132	100	114
Kohlrabi	34	41	41
Kopfsalat	27	21	25
Spinat	84	25	28
Sellerie	91	74	83
Porree	69	70	55
Gurken zusammen	206	83	28
Spargel im Ertrag stehend	105	75	82

Roten Rüben annähernd gehalten, während im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 1960 - 65 der Anbau von Spinat auf ein Drittel und der Anbau von Gurken auf ein Siebentel eingeschränkt wurden.

Bei den Gemüsearten, die mehr der Frischmarktversorgung dienen, wurden Anbauflächen langfristig etwa gehalten oder zumindest nicht so stark vermindert wie bei den Industriegemüsearten.

Trotz langsam steigendem Verbrauch an Gemüse ist also die schleswig-holsteinische Gemüserzeugung langfristig zurückgegangen. Der Anteil der Importe an Gemüse und Gemüsekonserven steigt entsprechend von Jahr zu Jahr. Hauptgrund sind der ständige Angebots- und Preisdruck durch Importe aus anderen EWG- und Drittländern sowohl an Frischgemüse wie auch besonders an Gemüsekonserven. Diesem Druck konnten auf Dauer weder die hiesigen Anbauer noch die hiesige Konservenindustrie standhalten.

Da diese Situation für das gesamte Bundesgebiet zutrifft, ist die langfristige Entwicklung des Gemüseanbaus insgesamt im Bund mehr oder weniger ähnlich. Für spezielle Gemüsearten ergeben sich allerdings vielfach regional begrenzte günstige Absatz- und Anbauchancen. "Während die inländische Erzeugung in der Saison 1966/67 noch 58,7 % des gesamten Marktangebotes stellte, war es 1970/71 nur noch die Hälfte. Es ist zu befürchten, daß sich diese Relation in der Kampagne 1971/72 erneut zuungunsten des einheimischen Gemüseanbaues verändern wird"².

Dr. Matthias Sievers

2) Gemüsebauliche Informationen 1972, Seite 34

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1 - 5": "1 bis unter 5". Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

24. Jahrgang . Heft 3 . März 1972

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1970/1971			1971/1972			
		Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.	Januar
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 494 ⁺	...	2 510	2 511	2 513	2 542
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 548	...	1 201	1 452	946	1 642	1 091
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		7,5	...	5,8	6,8	4,4	7,6	5,2
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 930	...	2 718	2 928	2 921	2 532	2 518
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		14,1	...	13,2	13,7	13,7	11,7	12,1
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 749	...	2 678	2 776	2 748	2 601	2 769
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		13,2	...	13,0	13,0	12,9	12,1	13,3
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	65	...	65	62	55	61	77
* je 1 000 Lebendgeborene		22,2	...	23,9	21,2	18,8	24,1	30,6
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	+ 181	...	+ 40	+ 152	+ 173	- 69	- 251
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		+ 0,9	...	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,8	- 0,3	- 1,2
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 382	...	8 736	7 277	7 855	9 516
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 381	...	6 434	6 519	5 865	8 493
* Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 001	...	+ 2 302	+ 758	+ 1 990	+ 1 023
* Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 788	...	10 755	9 965	10 142	11 128
Wanderungsfälle	Anzahl	24 551	...	25 925	23 761	23 862	29 137
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		165	...	178	158	160	187
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	8	9	8	10	14	9	11	14	20
darunter * Männer	1 000	5	5	4	5	9	4	6	8	12
Offene Stellen	1 000	24	22	20	18	19	19	16	15	15
darunter für Männer	1 000	15	13	13	12	12	12	10	9	9
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 407 ^a	1 364 ^a	.	1 407	.	.	.	1 364	.
darunter * Milchkühe	1 000	496 ^a	477 ^a	.	493	.	.	.	477	.
* Schweine	1 000	1 774 ^a	1 667 ^a	.	1 774	.	.	.	1 667	.
darunter * Zuchtsauen	1 000	183 ^a	169 ^a	.	183	.	.	.	169	.
darunter * trächtig	1 000	112 ^a	106 ^a	.	112	.	.	.	106	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	34	35	45	36	35	54	45	32	29
* Kälber	1 000 St.	3	2	2	3	3	1	2	2	2
* Schweine	1 000 St.	200	209	234	226	230	209	232	227	210
darunter * Hausschlachtungen	1 000 St.	9 ^b	9	21	18	20	7	17	15	16
Schlachtmengen⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	25,9	25,1	30,2	27,3	25,9	29,9	28,9	25,2	23,5
darunter * Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,3	8,5	10,3	8,3	8,3	13,1	10,6	7,7	7,0
* Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2
* Schweine	1 000 t	17,4	16,4	19,8	18,7	17,4	16,6	18,1	17,4	16,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	241	243	244	239	245	251	252	247	247
Kälber	kg	61	66	52	60	59	70	64	69	65
Schweine	kg	91	82	93	90	83	82	84	82	84
Geflügel										
Eingelegte Bruteier⁶⁾										
* für Legehennenküken	1 000	497	580	539	166	566	527	495	539	469
* für Masthühnerküken	1 000	911	825	1 012	923	709	753	917	769	856
* Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	803	755	848	885	813	816	858	833	920
Milcherzeugung										
* Milcherzeugung	1 000 t	178	174	129	158	173	109	126	152	170
darunter * an Molkereien und Händler geliefert	%	92	92	90	90	91	90	90	91	92
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	11,8	8,5	10,1	11,5	7,2	8,4	10,3	11,5

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) Ergebnis der Volkszählung vom 27. 5. 1970

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mütter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit

einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1970/71 = 16

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1970/1971			1971/1972			
		Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.	Januar
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	191	...	194	192	191	191	190	188	187
darunter *Arbeiter 9)	1 000	145	...	146	144	143	143	143	141	139
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	24 110	...	24 558	23 874	23 204	23 890	24 026	23 381	22 039
*Löhne (brutto)	Mill. DM	157,2	...	178,7	181,4	160,8	173,6	188,0	187,6	170,1
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	66,6	...	78,3	83,1	72,5	74,3	85,2	90,0	80,5
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	33	...	37	34	29	21	23	21	15
*Gasverbrauch ¹¹⁾										
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. Nebm	11,2	...	10,7	10,8	10,9	6,6	6,2	6,2	5,6
*Erd- und Erdölgas	Mill. Nebm	12,7	...	15,1	15,7	17,4	16,8	19,3	21,8	21,2
*Heizölverbrauch	1 000 t	94	...	108	107	102	101	103	98	98
*leichtes Heizöl	1 000 t	19	...	21	24	24	19	23	25	27
*schweres Heizöl	1 000 t	75	...	87	83	78	82	80	73	71
*Stromverbrauch	Mill. kWh	156	...	169	160	156	174	165	160	158
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	37	...	42	38	35	38	41	38	37
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹²⁾	Mill. DM	1 070	...	1 115	1 194	984	1 230	1 353	1 459	1 043
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	144	...	135	142	124	141	226	192	125
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1962=100	163	...	172	167	165	179	177	159	152
*Bergbau	1962=100	118	...	117	116	118	119	115	115	110
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	201	...	185	167	206	193	170	145	132
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	179	...	197	185	176	196	190	187	179
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	173	...	198	172	179	217	223	175	191
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	123	...	132	121	126	140	150	137	123
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	126	...	148	116	83	166	136	113	...
Handwerk (Meßziffern) ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	96	95	.	96	.	.	.	95	.
*Umsatz (einschl. Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1962=100	151	171	.	195	.	.	.	218	.
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -D 1962=100	155	178	.	208	.	.	.	234	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	219	...	299	294	356	234	315	334	...
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	449	...	499	537	554	507	548	579	...
*Gaserzeugung (brutto) ¹¹⁾	Mill. Nebm	16	...	19	23	27	18	24	26	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	62 480	63 049	62 394	61 784	60 962	62 941	62 282	61 573	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 238	8 713	9 012	7 739	5 019	10 262	8 410	7 677	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 414	3 766	3 793	3 349	2 227	4 369	3 675	3 484	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	964	1 258	993	836	813	1 339	1 246	1 048	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 616	3 484	3 944	3 310	1 818	4 292	3 295	2 984	...
*Löhne (brutto)	Mill. DM	66,1	78,2	74,6	69,8	41,9	90,1	77,5	77,3	...
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	7,0	8,4	7,4	10,1	7,2	8,4	10,5	11,2	...
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	176,7	217,3	228,1	372,1	119,1	227,0	241,3	429,5	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) einschließlich gewerblicher Lehrlinge

10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

11) umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal/Nebm

12) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

13) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1970/1971			1971/1972			
		Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.	Januar
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	884	977	814	468	504	1 085	879	675	587
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	787	865	742	417	450	961	760	569	519
*umbauter Raum	1 000 cbm	911	1 096	776	441	576	1 251	1 021	945	616
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	115 159	157 576	106 264	59 800	77 273	186 321	149 092	146 506	96 273
*Wohnfläche	1 000 qm	174	209	151	85	110	242	196	188	117
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	181	157	154	132	117	190	161	135	95
*umbauter Raum	1 000 cbm	794	698	507	745	481	794	684	511	289
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	75 159	72 917	65 639	73 467	37 917	87 794	50 427	61 818	31 910
*Nutzfläche	1 000 qm	142	126	92	117	87	157	117	107	56
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 357	2 880	1 917	1 095	1 562	3 512	2 698	2 659	1 628
Baufertigstellungen										
Wohnungen 14)	Anzahl	1 837	2 356	1 683	12 074	718	1 522	1 929	16 212	973
Wohnräume	Anzahl	7 782	9 876	6 723	51 469	3 100	6 565	8 369	65 727	3 916
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	180,5	214,6	165,1	199,4	152,4	229,1	280,2	228,0	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	23,8	29,2	25,5	28,9	19,3	38,6	28,9	36,3	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	156,7	185,4	139,6	170,4	133,1	190,6	251,3	191,8	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	3,9	3,7	4,1	3,3	3,3	4,0	4,3	4,9	...
*Halbwaren	Mill. DM	12,8	11,5	10,9	14,7	10,4	11,0	7,5	10,6	...
*Fertigwaren	Mill. DM	140,1	170,2	124,6	152,5	119,4	175,6	239,6	176,3	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	14,3	15,7	14,2	15,6	12,6	18,4	14,7	16,7	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	125,8	154,5	110,4	136,9	106,8	157,2	224,9	159,6	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	54,2	65,4	59,3	65,2	50,8	109,5	65,6	74,3	...
darunter Italien	Mill. DM	14,8	19,9	20,5	17,4	11,3	57,7	19,1	19,9	...
Niederlande	Mill. DM	18,9	21,9	18,5	20,7	15,5	28,9	24,6	30,2	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	55,3	58,6	45,4	53,0	39,0	55,4	110,5	64,2	...
darunter Dänemark	Mill. DM	11,2	17,0	10,8	15,4	12,4	15,3	12,0	15,8	...
Großbritannien	Mill. DM	12,7	12,6	6,0	7,3	4,3	7,1	68,2	7,6	...
Norwegen	Mill. DM	8,5	3,9	3,7	7,3	2,7	4,3	6,7	5,4	...
Schweden	Mill. DM	8,8	8,3	10,0	8,9	6,7	11,0	8,1	9,5	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	32 072	32 015	33 044	26 966	30 015	35 608	31 003	33 571	c
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 673	36 934	42 947	37 393	34 739	48 050	45 225	35 265	c
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100
*Index der Gastgewerbeumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100
Fremdenverkehr in 136 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	189	p 190	73	67	61	p 121	p 77	p 66	p 59
darunter *von Auslandsgästen	1 000	20	p 19	9	9	6	p 16	p 9	p 7	p 6
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 514	p 1 546	241	222	216	p 528	p 260	p 225	p 222
darunter *von Auslandsgästen	1 000	41	p 40	18	18	13	p 29	p 17	p 15	p 13
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	1 329	...	1 192	1 253	1 034	1 256
Güterversand	1 000 t	547	...	504	518	458	519
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	259	253	283	315	207	241	250	268	206
*Güterversand	1 000 t	373	387	404	354	178	452	359	348	194
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	7 817	8 001	7 291	7 152	5 865	8 166	7 206	5 352	...
darunter										
Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	24	36	7	11	5	20	11	15	...
*Personenkraftwagen 15)	Anzahl	6 925	7 126	6 473	6 386	5 195	7 295	6 340	4 588	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	502	471	454	466	398	429	499	388	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 404	1 436	1 476	1 594	1 102	1 569	1 488	1 409	p 1 187
*Getötete Personen	Anzahl	74	76	84	84	68	92	94	79	p 72
*Verletzte Personen	Anzahl	1 933	1 972	1 936	2 200	1 484	2 135	2 025	1 687	p 1 576

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

15) einschließlich Kombinationskraftwagen

c) ist ab Januar 1972 nicht mehr nach Ländern gegliedert

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1970/1971			1971/1972			
		Monats- durchschnitt			Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹⁶⁾										
*Kredite 17) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	16 502	17 984	16 055	16 502	16 602	17 933	18 183	17 984	...
darunter										
*Kredite 17) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	17 280	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	3 933	...
*an Unternehmen, Privatpersonen	Mill. DM	3 904	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	29	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	1 432	...
*an Unternehmen, Privatpersonen	Mill. DM	1 358	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	74	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	11 915	...
*an Unternehmen, Privatpersonen	Mill. DM	10 222	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 693	...
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁷⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	11 288	14 258	10 831	11 288	11 413	12 244	12 425	14 258	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	5 478	7 764	5 305	5 478	5 566	6 105	6 257	7 764	...
*von Unternehmen, Privatpersonen	Mill. DM	3 870	4 487	3 728	3 870	3 954	4 433	4 524	4 487	...
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 608	3 277	1 577	1 608	1 612	1 672	1 733	3 277	...
*Spareinlagen	Mill. DM	5 810	6 495	5 526	5 810	5 846	6 139	6 168	6 495	...
*bei Sparkassen	Mill. DM	3 686	4 049	3 506	3 686	3 697	3 835	3 852	4 049	...
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	318	353	260	633	417	283	308	732	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	274	296	238	349	381	259	278	406	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	12	12	12	19	10	13	11	17	...
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	0,7	1	3	2	-	-	1	...
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	449	357	440	415	341	340	306	334	...
*Wechselsumme	Mill. DM	1,136	1,064	0,962	1,170	0,938	1,357	0,626	0,918	...
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	224 573	266 929	182 319	491 530	236 935	206 356	297 510	410 921	310 951
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	152 308	186 345	106 291	408 712	132 970	127 697	215 087	324 915	181 437
*Lohnsteuer 18)	1 000 DM	97 946	126 774	107 427	235 354	121 698	117 833	195 636	155 294	156 771
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	40 050	45 774	- 4 478	119 087	8 086	6 420	6 104	144 156	17 701
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 613	1 651	1 081	2 259	1 683	981	4 048	1 094	2 231
*Körperschaftsteuer 18)	1 000 DM	12 699	12 147	2 261	52 012	1 504	2 463	9 299	24 371	4 733
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	72 265	80 583	76 028	82 817	103 965	78 658	82 424	86 007	129 514
*Umsatzsteuer	1 000 DM	52 564	59 882	53 670	60 759	86 215	58 091	60 580	65 466	109 530
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	19 701	20 702	22 358	22 059	17 750	20 567	21 844	20 540	19 984
*Bundessteuern	1 000 DM	84 313	90 364	80 572	108 237	58 108	83 528	83 945	122 593	62 766
*Zölle	1 000 DM	8 419	9 428	9 706	8 899	8 236	9 685	10 395	10 235	8 278
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	70 830	75 362	65 917	91 373	46 182	70 041	69 397	103 122	49 876
*Landessteuern	1 000 DM	24 387	25 763	30 900	21 064	23 212	20 651	33 448	20 391	25 024
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 607	5 272	13 852	2 201	1 644	651	13 572	756	931
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	13 205	14 462	12 007	13 074	16 301	14 679	13 728	13 846	17 927
*Biersteuer	1 000 DM	988	1 013	977	1 007	966	1 028	969	953	1 025
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	125 325 ⁺	140 471 ⁺	.	137 714	.	.	.	151 228	.
*Grundsteuer A 19)	1 000 DM	7 232 ⁺	6 949 ⁺	.	6 262	.	.	.	6 960	.
*Grundsteuer B 20)	1 000 DM	21 027 ⁺	22 200 ⁺	.	21 890	.	.	.	20 777	.
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) 21)	1 000 DM	74 721 ⁺	86 515 ⁺	.	84 726	.	.	.	99 792	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	10 846 ⁺	12 259 ⁺	.	11 731	.	.	.	11 964	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	202 059	227 530	179 727	308 246	192 964	211 592	213 571	340 803	235 977
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	62 305	74 647	45 939	129 273	57 400	55 151	71 929	141 496	78 505
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	50 586	56 408	53 216	57 972	72 775	55 061	57 697	60 205	90 660
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	4 855	6 110	-	12 764	4 679	17 853	-	16 509	4 045
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	140 434	174 664	120 256	301 327	167 369	151 549	207 587	232 469	190 639
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	69 857	86 188	45 939	219 901	57 400	55 151	110 419	141 496	78 505
*Anteil an den Steuern vom Umsatz 22)	1 000 DM	41 334	56 603	43 416	47 597	82 077	57 895	63 720	54 072	83 065
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	4 855	6 110	-	12 764	4 679	17 853	-	16 509	4 045
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	147 429 ⁺	185 026 ⁺	.	186 445	.	.	.	232 356	.
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 23)	1 000 DM	52 182 ⁺	43 261 ⁺	.	52 978	.	.	.	31 068	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	44 644 ⁺	87 810 ⁺	.	80 479	.	.	.	149 852	.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1970/1971			1971/1972			
		Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.	Januar
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	107,2	...	106,6	106,5	107,9	103,3	103,7	104,4	...
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1962=100	116,6	...	118,0	118,3	119,9	121,6	121,5	121,6	...
Grundstoffpreise 24)	1962=100	104,3	...	103,4	103,4	104,0	105,2	r 105,4	105,6	...
Erzeugerpreise										
Industrieller Produkte 24)	1962=100	107,5 ^d	112,5 ^e	109,1	109,6	110,9	113,1	113,1	113,3	114,0
landwirtschaftlicher Produkte 24)	1961/63=100	106,2 ^d	98,1 ^e	96,6	96,0	96,8	103,6	p 104,3	p 106,1	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude 25)	1962=100	147,4	162,7	151,8	.	.	.	166,2
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 24)	1962/63=100	105,8 ^d	110,8 ^e	108,9	109,5	110,5	114,7	114,7	115,2	...
Einzelhandelspreise	1962=100	112,5	118,0	113,6	114,1	115,3	119,1	119,7	120,1	121,1
*Preisindex für die Lebenshaltung 26)	1962=100	123,7	130,4	124,8	125,2	126,6	132,0	132,5	133,1	134,3
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1962=100	117,4	122,6	116,9	117,2	118,8	123,2	123,8	124,6	126,0
Kleidung, Schuhe	1962=100	118,0	125,2	120,5	120,7	121,7	127,7	128,4	128,7	129,9
Wohnungsmieten	1962=100	168,5	178,5	171,9	172,2	173,3	181,6	181,8	182,2	183,4
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1962=100	124,4	131,0	127,5	128,1	129,5	133,0	134,3	134,9	137,5
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1962=100	114,1	120,6	116,2	116,6	117,4	122,7	123,0	123,3	124,1
Löhne und Gehälter 27)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	297	337	.	.	322	352
darunter *Facharbeiter	DM	318	359	.	.	344	374
*weibliche Arbeiter	DM	178	198	.	.	185	206
darunter *Hilfsarbeiter	DM	173	193	.	.	181	200
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	6,55	7,48	.	.	7,15	7,73
darunter *Facharbeiter	DM	6,98	7,94	.	.	7,60	8,22
*weibliche Arbeiter	DM	4,32	4,83	.	.	4,59	4,95
darunter *Hilfsarbeiter	DM	4,17	4,68	.	.	4,47	4,77
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	45,3	45,0	.	.	45,0	45,5
weibliche Arbeiter	Std.	41,2	41,0	.	.	40,4	41,6
Geleistete Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	41,3	40,0	.	.	40,9	42,4
weibliche Arbeiter	Std.	36,8	35,0	.	.	35,8	39,0
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 453	1 638	.	.	1 550	1 679
*weiblich	DM	946	1 076	.	.	1 016	1 106
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 579	1 765	.	.	1 699	1 792
*weiblich	DM	966	1 088	.	.	1 042	1 123
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 270	1 412	.	.	1 333	1 445
*weiblich	DM	795	884	.	.	841	891
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 437	1 598	.	.	1 614	1 593
weiblich	DM	(911)	(991)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 329	1 484	.	.	1 404	1 519
weiblich	DM	839	938	.	.	893	950
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 572	1 755	.	.	1 694	1 779
weiblich	DM	965	1 085	.	.	1 139	1 118

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

16) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie

17) einschließlich durchlaufender Kredite

18) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

19) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

20) einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten

21) Gewerbesteuerabgleichszuschüsse abgeglichen

22) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. 8. 1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30. 1. 1970

23) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

24) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

25) nur Neubau

26) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit - 1962 - rund 750 DM monatlicher Lebenshaltungsausgaben

27) Effektivverdienste

d) Wirtschaftsjahr 1969/70 (Juli - Juni)

e) Wirtschaftsjahr 1970/71 (Juli - Juni)

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung ¹⁾						Im Erwerbsleben tätige Personen ²⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1966	2 457	8,4	18,7	12,1	16	18	1 003	116	389	218	280
1967	2 487	8,1	18,2	11,9	16	11	971	119	358	213	280
1968	2 515	7,9	17,4	12,8	12	17	979	118	375	208	278
1969	2 545	7,5	15,9	12,8	8	21	992	117	373	214	288
1970	2 567	7,2	13,7	12,8	2	24	1 003	115	386	215	286

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen				
	Schüler am 15.10.			Schulabgänger in %				Bruttoinlandsprodukt				Netto- inlands- produkt in Mill. DM
	Volks- und Sonder- schulen	Real- schulen und Aufbau- zugs- klassen	Gym- nasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen			in Preisen von 1962 in Mill. DM	
								Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Ein- wohner		
in 1 000												
1966	231 ^a	41 ^a	37 ^a	26	45	23	7
1967	221	44	43	22	46	23	9
1968	222	46	46	22	45	24	9	p 18 997	.	p 7 554	p 16 290	.
1969	236	49	49	21	45	24	10	p 20 921 ^b	p 10,1 ^b	p 8 221 ^b	p 17 253 ^b	.
1970	p 249	p 51	p 50	p 22	p 45	p 24	p 10	23 228 ^b	11,0 ^b	9 049 ^b	17 800 ^b	.

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3.12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁴⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ³⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	ins- gesamt	darunter Milchkühe									
in 1 000				in 1 000							
1966	1 393	511	1 689	5 261	417	2 395	2 112	4 183	1 264	459	521
1967	1 395	513	1 752	5 035	418	2 506	2 139	4 188	1 407	515	533
1968	1 410	519	1 668	4 825	417	2 641	2 183	4 256	1 608	396	535
1969	1 430	518	1 680	4 966	418	2 679	2 210	4 262	1 511	260	487
1970	1 407	496	1 774	4 920	476	2 744	2 139	4 232	1 350	414	565

Jahr	Industrie ⁵⁾										Bau- haupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Millionen	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁶⁾		Energieverbrauch				Produk- tions- index 8) 1962=100
	ins- gesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE 7)	Heizöl			
	in 1 000		Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		1 000 t					
1966	178	139	273	1 266	504	9 485	1 331	576	937	787	123	68
1967	171	132	253	1 230	524	9 850	1 289	507	952	791	127	62
1968	175	134	264	1 344	533	10 418	1 549	482	968	780	140	63
1969	184	141	278	1 550	674	11 797	1 883	490	1 058	842	157	63
1970	191	145	289	1 887	799	12 840	1 725	400	1 130	906	162	64

- 1) 1970: vorläufiges Ergebnis; berechnet nach dem Bevölkerungsstand vom 26. 5. 1970
 2) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen
 3) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner
 4) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang
 5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke
 6) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und seit 1968 ohne Umsatzsteuer
 7) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts
 8) arbeitstäglich
 9) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger
 a) am 2. 5. b) erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. Oktober 1971			Bevölkerungsveränderung im Oktober 1971			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Januar 1972 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahresmonat 1)						
		in %							
FLENSBURG	95 261	+ 0,1	- 0,2	- 23	112	89	37	1	48
KIEL	270 104	- 0,2	- 0,4	- 86	- 360	- 446	125	6	161
LÜBECK	240 104	- 0,1	+ 0,2	- 65	- 203	- 268	104	4	116
NEUMÜNSTER	86 301	+ 0,0	+ 0,2	- 9	25	16	42	4	54
Dithmarschen	133 886	+ 0,0	- 0,2	13	50	63	61	5	79
Flensburg-Land	73 646	+ 0,3	+ 1,9	9	240	249	41	4	53
Hzgt. Lauenburg	145 093	- 0,0	+ 1,4	- 22	2	- 20	63	5	98
Nordfriesland	160 599	- 0,4	+ 1,7	25	- 628	- 603	65	8	87
Ostholstein	182 233	+ 0,1	+ 2,4	13	79	92	83	5	104
Pinneberg	246 531	+ 0,1	+ 2,9	45	270	315	102	1	139
Plön	109 338	+ 0,1	+ 2,0	26	72	98	57	9	84
Rendsburg-Eckernförde	227 564	+ 0,2	+ 1,2	- 10	510	500	115	6	153
Schleswig	100 865	- 0,1	+ 0,9	- 9	- 56	- 65	41	2	66
Segeberg	174 777	+ 0,3	+ 4,3	59	511	570	85	5	117
Steinburg	132 849	+ 0,0	+ 0,7	- 33	53	20	66	5	77
Stormarn	162 988	+ 0,2	+ 2,7	- 2	346	344	100	2	140
Schleswig-Holstein	2 542 139	+ 0,0	+ 1,4	- 69	1 023	954	1 187	72	1 576

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾				Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1972	
	Betriebe am 31.12.1971	Beschäftigte am 31. Dezember 1971		Umsatz ⁴⁾ im Dezember 1971 in Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾
		Anzahl	je 1 000 Einwohner			
FLENSBURG	72	8 495	89	94	24 855	22 548
KIEL	147	31 796	118	203	71 457	64 803
LÜBECK	148	30 817	128	219	58 672	52 324
NEUMÜNSTER	69	10 645	123	36	23 979	21 344
Dithmarschen	59	6 130	46	77	43 298	33 241
Flensburg-Land	32	1 002	14	8	27 092	20 746
Hzgt. Lauenburg	97	9 445	65	49	43 329	35 995
Nordfriesland	44	2 432	15	28	54 044	42 350
Ostholstein	75	5 665	31	35	55 714	45 424
Pinneberg	227	24 639	100	175	72 878	63 294
Plön	49	2 748	25	36	36 294	29 162
Rendsburg-Eckernförde	124	11 593	51	98	71 277	56 922
Schleswig	39	3 540	35	51	32 916	25 535
Segeberg	170	13 531	77	97	64 662	53 438
Steinburg	92	11 058	83	70	40 877	32 609
Stormarn	122	14 777	91	183	51 446	44 088
Schleswig-Holstein	1 566	188 313	74	1 459	772 790	643 823

1) nach dem Gebietsstand vom 31. Oktober 1971

2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 27. Mai 1970			Offene Stellen am 31. 12. 1971 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 30. 9. 1971 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Dezember 1971			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien und Händler geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 9. 1971	Rindvieh am 3. 6. 1971	
		VZ 1950	VZ 1961							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 494	- 3,9	+ 7,6	15	33	152	91	10,3	1 802	1 478	472
Hamburg	1 794	+ 11,7	- 2,1	18	66	1	...	9,8	17	17	5
Niedersachsen	7 082	+ 4,2	+ 6,6	42	138	303	...	9,7	6 200	2 965	999
Bremen	723	+ 29,4	+ 2,3	6	18	1	...	10,1	11	20	5
Nordrhein-Westfalen	16 914	+ 28,1	+ 6,3	127	628	220	...	10,1	4 470	1 979	705
Hessen	5 382	+ 24,5	+ 11,8	43	266	94	...	9,1	1 491	938	350
Rheinland-Pfalz	3 645	+ 21,3	+ 6,7	19	73	69	...	8,9	810	733	262
Baden-Württemberg	8 895	+ 38,3	+ 14,6	79	552	199	...	8,6	2 168	1 834	735
Bayern	10 479	+ 14,1	+ 10,1	70	363	525	...	8,8	4 451	4 458	1 940
Saarland	1 120	+ 17,2	+ 4,4	4	29	8	...	9,2	82	74	28
Berlin (West)	2 122	- 1,2	- 3,4	16	76	0	...	14,6	.	.	.
Bundesgebiet	60 651	+ 19,4	+ 7,9	436	2 241	1 574	...	9,3	21 501	14 497	5 501

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Oktober 1971			
	Beschäftigte am 30. 11. 1971		Umsatz ²⁾ im November 1971		Produktions- index 3) 1962=100 im Nov. 1971	Beschäftigte am 31. 10. 1971		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Ein- wohner	Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Ein- wohner	Anzahl	je 10 000 Ein- wohner	Anzahl	je 10 000 Ein- wohner
	Schleswig-Holstein	190	75	1 353	17	177	63	25	3 512	13,7	1 522
Hamburg	202	113	1 768	14	127	45	25	1 630	9,0	1 154	6,4
Niedersachsen	797	111	4 882	21	161	181	25	6 656	9,3	4 875	6,8
Bremen	102	140	812	13	208	23	31	419	5,5	1 223	16,2
Nordrhein-Westfalen	2 664	156	15 828	19	156	394	23	17 021	9,9	12 230	7,1
Hessen	750	137	4 039	21	174	144	26	5 659	10,4	1 995	3,7
Rheinland-Pfalz	409	111	2 828	20	247	90	25	2 893	7,9	2 333	6,3
Baden-Württemberg	1 580	175	8 233	19	172	247	27	10 009	11,1	12 033	13,4
Bayern	1 385	130	7 457	18	181	315	30	15 469	14,5	9 528	9,0
Saarland	173	154	776	31	170	23	21	586	5,2	457	4,1
Berlin (West)	247	118	1 407	9	146	46	22	2 093	9,8	3 673	17,2
Bundesgebiet	8 499	138	49 384	19	171	1 572	26	65 947	10,7	51 023	8,3

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Juli 1971		Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im November 1971				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 31. 10. 1971 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des	des	der
								Landes	Bundes	Gemeinden
	in 1 000						im 3. Vierteljahr 1971			
Schleswig-Holstein	754	626	1 488	94	2 025	142	2 426	205	261	69
Hamburg	509	461	1 208	32	1 549	131	4 583	353	1 663	145
Niedersachsen	2 110	1 734	4 017	297	5 542	145	2 964	206	224	67
Bremen	199	179	435	16	488	116	3 517	259	996	117
Nordrhein-Westfalen	4 638	4 085	9 149	425	12 212	138	3 456	237	363	86
Hessen	1 708	1 453	2 972	143	4 208	146	3 800	253	374	96
Rheinland-Pfalz	1 110	897	1 914	111	2 637	144	3 086	203	284	75
Baden-Württemberg	2 789	2 320	4 365	261	6 278	150	3 589	244	371	92
Bayern	3 375	2 647	5 224	327	7 508	150	3 568	228	297	85
Saarland	293	256	537	32	756	147	2 807	206	232	57
Berlin (West)	471	426	1 208	46	1 505	128	2 822	168	528	79
Bundesgebiet	18 028 ^{a)}	15 115 ^{a)}	32 517	1 784	44 708	143	3 404	232	379	85

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

7) ohne Postspareinlagen

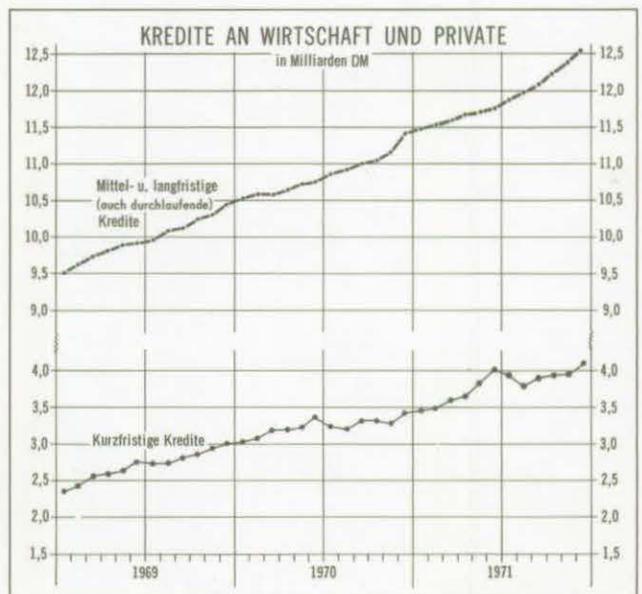
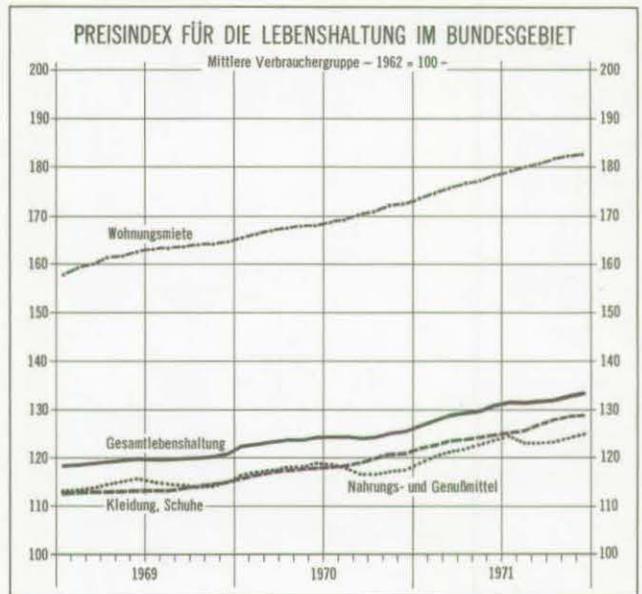
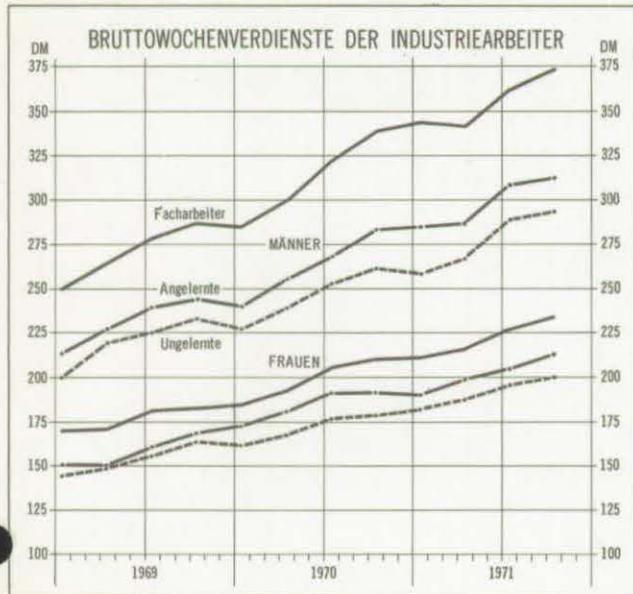
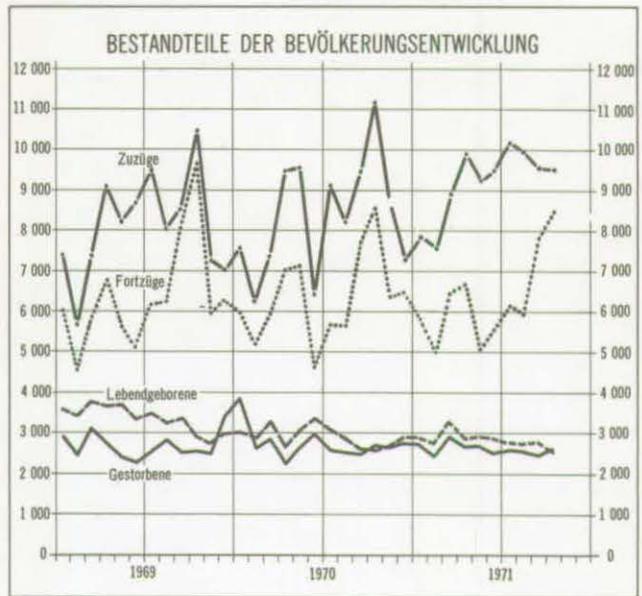
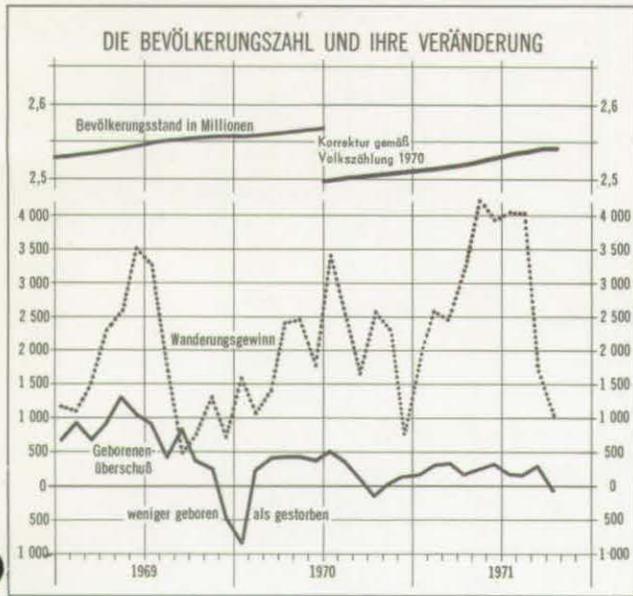
a) einschließlich Bundespost und Bundesbahn: 70 707 Kfz und 29 859 Pkw

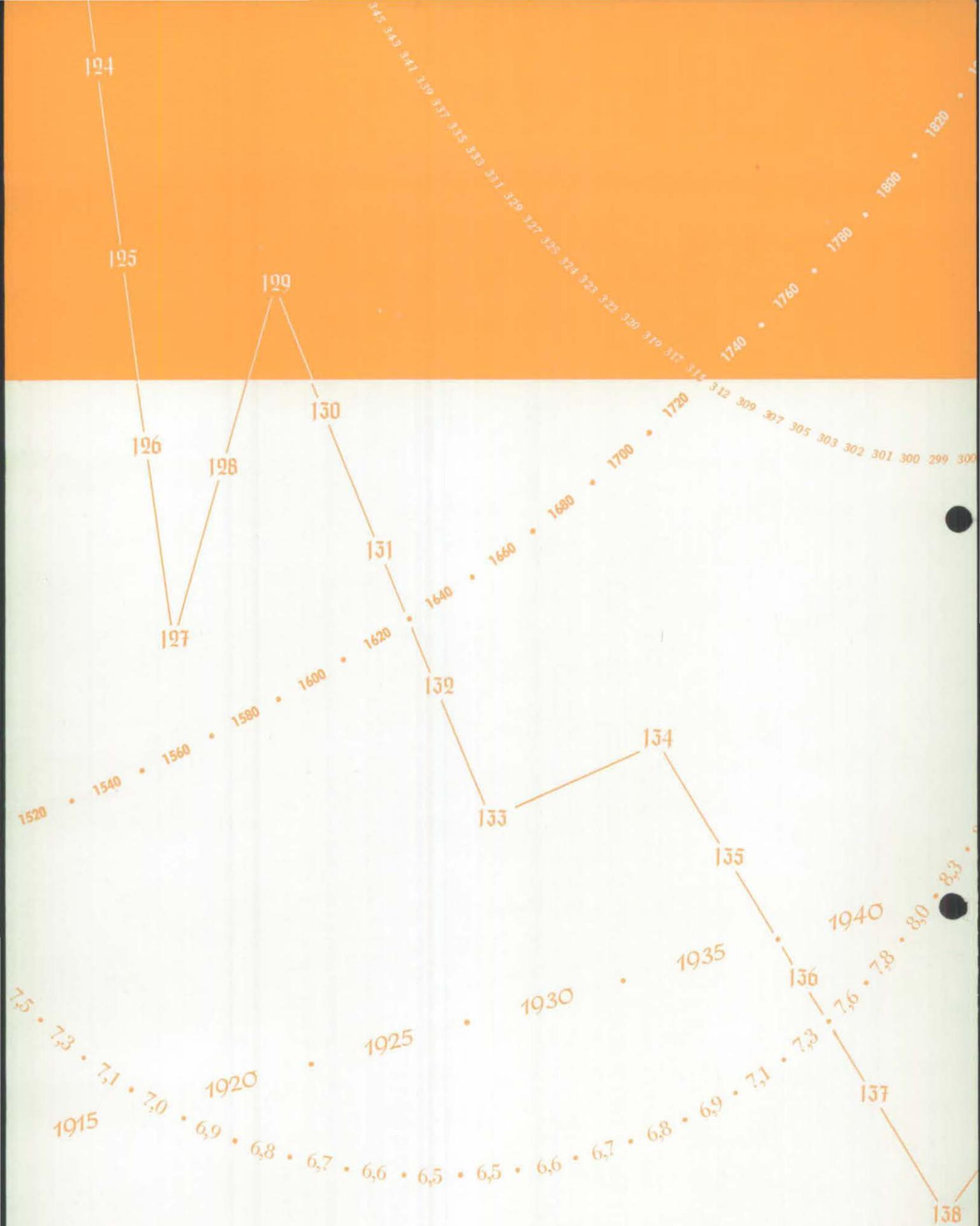
Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Altersaufbau der Bevölkerung	1/10
Bevölkerungsentwicklung (Volkszählungen)	2/27
Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 2)	1/22
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Landwirtschaftliche Betriebe 1960 und 1971	1/2
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Wohnungen in Land und Bund	2/34
Wohnungsmieten	1/5
Versorgung und Verbrauch	
Essen außer Haus	1/17
Langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten	2/40

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM
 — Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen